

Volksmacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Zeugungspreis: Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Glurstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volksmacht“, Neue Staupenstraße Nr. 5 und Neue Tafelstraße 11, sowie durch alle Ansträger zu beziehen. — Zeugungspreis im Zahlenbuche 11, sowie durch alle Ansträger zu beziehen. — Zeugungspreis im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,50 Rmt. monatlich 1,75 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einzahl. Zustellungsgebühren 2,40 Rmt.

Organ für die wertfällige Bevölkerung

Verlagsgesetz und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Verapred.-Anstalt: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Ami Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau
Anverlangt eingekaufte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Anzeigenpreis: Je Zeile für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Familienanzeigen, Stellengesuche, Veretno-, Verleumdungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das zweite Wort 2 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Glurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Reudell unter dem Gelächter der Welt.

Das Reichsgericht erklärt Reudells Verbot des Roten Frontkämpferbundes für ungesetzlich.

Leipzig, 2. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts, der die Angelegenheiten des Staatsgerichtshofes erledigt, fällte am Mittwoch folgende Entscheidung in der Affäre des Reudell'schen Rotfront-Verbots: „In Sachen des Rotfrontkämpferbundes hat das Reichsgericht, 4. Strafsenat, beschlossen:

1. die Weigerung der Landeszentralbeörden, dem Ersuchen des Reichsinnenministers vom 16. April 1928 auf Verbot und Auflösung des gesamten Rotfrontkämpferbundes, der roten Marine und der roten Jungfront nebst sämtlichen Ortsgruppen nachzukommen, ist begründet;
2. die Kosten des Verfahrens werden dem Deutschen Reich auferlegt. Der Senat hält die Voraussetzungen des § 129 des Strafgesetzbuches für den ganzen Roten Frontkämpferbund und sämtliche Ortsgruppen nicht für erwiesen. In Frage kämen nur Einzelverbote für bestimmte Ortsgruppen oder Gaue, bei denen jener Beweis vorliegt. Solche Verbote stehen heute nicht zur Entscheidung des Gerichts.“

Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes bedeutet eine politische Niederlage ersten Ranges für Herrn v. Reudell, den deutschnationalen Reichsinnenminister. Der Spruch des Staatsgerichtshofes, der den Ländern bescheinigt, daß ihr Einspruch zu Recht erfolgt ist, enthält, wenn auch unausgesprochen, die Feststellung, daß das Verbotserlassen des deutschnationalen Reichsinnenministers zu Unrecht erfolgt ist. Er bestätigt, daß Herr v. Reudell die Garantien der Verfassung und die demokratischen Rechte der Staatsbürger vier Wochen vor der Reichstagswahl verletzen wollte, parteipolitische Ziele halber. Die Deutschnationalen und mit ihnen ihr Parteiminister führen das Wort „Rechtsstaat“ im Munde — dennoch wollten sie die Rechtsgarantien des demokratischen Staates um ihrer Parteivorteile willen verletzen. Die Niederlage des Herrn v. Reudell wiegt um so schwerer, als jedermann in Deutschland weiß, daß der Staatsgerichtshof alles andere als Sympathien für die kommunistische Partei und ihre Organisation besitzt! Der Staatsgerichtshof steht Herrn v. Reudell sehr nahe. Daß er sich gegen Reudell entschieden hat, ist der stärkste Beweis dafür, wie weit der deutschnationalen Innenminister bei seinem Ersuchen von den Vorschriften des Rechts abgewichen ist.

Herr v. Reudell hat sich gerühmt, daß er diesen Fall durchkämpfen wolle. Was will er nun tun? Will er zurücktreten? Er wird nicht daran denken. Aber gleichviel, was er nun auch tun wird — er wird am 20. Mai sehr gründlich bestraft werden.

Die Sieger in diesem Streit sind nicht etwa die Kommunisten. Sie sind mit Herrn v. Reudell gemeinsam hereingefallen. Täglich haben sie gebetet: Heiliger Staatsgerichtshof, erhalte uns diesen kostbaren Agitationsstoff gegen die Sozialdemokratie! Ihre gesamte Agitation war auf den Kampf gegen die Sozialdemokratie, nicht auf den Kampf gegen den deutschnationalen Innenminister abgestellt. Gemeinsam mit Reudell wollten sie die Sozialdemokratie schädigen. Dieses Mandat ist gründlich zertrümmert!

Die kommunistische Presse hat vom 18. April, dem Tag, an dem das Ersuchen des Herrn v. Reudell erging, bis zum heutigen Tage eine schamlos demagogische Heiße gegen die Sozialdemokratie betrieben. Am 18. April schrieb die „Rote Fahne“ über den Einspruch der Preußenregierung:

„Jedermann weiß, was dies bedeutet. In der Phrase irgend ein Protest, in der Tat reißlose Durchführung der Bürgerblockbeschlüsse. Man wird bald sehen, daß unter den wichtigsten Vorwänden die Landesregierungen und Polizeipräsidenten mit einem Hagel von Verfolgungen gegen den R.F.B. beginnen werden. Bei dieser ersten großen sozialdemokratischen Deklaration des imperialistischen Deutschland stehen sozialdemokratische Führer Paie.“

Am 28. April rief die „Rote Fahne“ auf: „Die SPD-Führer in der Reudell-Affäre!“ und am 1. Mai konnte man in diesem Blatte lesen: „SPD-Hilfe für Reudell“. Komlose Denunziantendienste des sozialdemokratischen Innenministers. Herr Erzengel besitzt sich, noch vor dem 2. Mai seinerseits als Schildknappe Reudells für diesen in die Breche zu springen.“ In der Flugblatt-Propaganda der Kommunisten und der Roten Frontkämpfer aber verpfleg man sich zu der schamlosen Behauptung: „Die Sozialdemokraten haben dies Verbot gefordert, sie stehen mit Reudell unter einer Decke!“

Das war der Dank dafür, daß der sozialdemokratische Innenminister Erzengel sich öffentlich vor den R.F.B. gegen Reudell

gestellt und den Staatsgerichtshof angerufen hat! Er hat bei seiner Verteidigung des demokratischen Rechtes geliegt. Um so kläglicher ist die Demagogie der Kommunisten zusammengebrochen.

Am 21. April nahm die „Rote Fahne“ prinzipiell Stellung zu dem preußischen Einspruch:

„Die sozialdemokratische Opposition gegen Reudell ist ein gemagogischer Verrat der Klasseninteressen des Proletariats... Die spezielle Rolle der sozialdemokratischen Koalitionsregierungen unter der Herrschaft des Bürgerblocks besteht eben darin, den breiten Massen des Proletariats vorzutäuschen, daß sie auf dem Wege der Demokratie, sei es nun der sozialdemokratischen Koalitionsregierung oder der parlamentarischen Wahldemokratie ihrer Existenz gegenüber der Gewalt Herrschaft des Trustkapitals verteidigen können. Ebenso steht es mit dem Einspruch der Koalitionsregierungen gegen das Verbot des Roten Frontkämpferbundes. Die Koalitionsregierungen protestieren, appellieren an die demokratische Verfassung und ihre Organe, um das Proletariat zu verwirren — aber das Trustkapital mit seinem Staatsgerichtshof wird handeln.“

Die Kommunisten haben diesen Fall zu einer prinzipiellen Frage zwischen SPD, zwischen Demokratie und Abjage an die demokratische Verfassung gemacht. Mit dieser prinzipiellen Frage wollten sie den Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie bestreiten. Die Frage ist praktisch entschieden. Der Staatsgerichtshof hat gehandelt. Er hat gegen Herrn v. Reudell entschieden. Es hat sich gezeigt, welchen Wert die Demokratie, die starke Stellung der Sozialdemokratie in den Länderregierungen für die Arbeiterklasse, für die Behauptung des demokratischen Rechtes besitzt. Die Entscheidung ist gefallen — gegen die Kommunisten.

Noch ein Wort über Herrn v. Reudell und die Deutschnationalen. Von heute ab ist dieser sogenannte Reichsinnenminister für jedermann, der politisch auch nur das geringste Verständnis

hat, nur noch eine komische Figur. Seine Unfähigkeit ist so ungeheuerlich und steht in einem so krassen Mißverhältnis zu seinem anmaßenden Auftreten besonders gegenüber der preußischen Regierung, daß man über diesen Mann tatsächlich nur noch lachen kann. Er hat es durch seinen blinden, durch kein Wissen und kein Verantwortungs- und Rechtsgefühl gehemmten Fanatismus fertiggebracht, sich und seine Partei vor der ganzen Welt unsterblich lächerlich zu machen, auch vor allen ehrlich denkenden Angehörigen der Rechtsparteien. Wenn die Führerschaft der Deutschnationalen Volkspartei nicht lediglich ein kleiner Flügel von Corps- und Saufbrüdern wäre, um sich gegenseitig materielle Vorteile zuzuschlagen, wenn diese Partei des Volksbetrugs auch nur etwas für das deutsche Volk, für die Allgemeinheit übrig hätte, wenn es wirklich sachlich-politische Ziele um ihrer selbst willen erstrebte, müßte sie jetzt den Minister selbst zum Teufel jagen. Das wäre für sie mindestens ihrer Ehre und Würde schuldig — ja, wenn sie für so etwas überhaupt ein Gefühl hätte. Denn dieser Mann hat als Minister nur das eine gezeigt, daß er selbst zum kleinen örtlichen Parteisekretär, ja zum Vereinschriftführer noch zu unfähig ist. Über nein, ausgerechnet die Partei, die stets nach einem Führer schreit, läßt diese politische Zammeregestalt ruhig im Amt. Wie turmhoch stehen doch alle die Minister und Staatssekretäre aus dem Volk über diesem studierten Herrn und juristischen Fachmann, der die einfachsten, wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen nicht kennt, der die selbstverständlichsten Pflichten eines verantwortlichen Staatsmanns, zuerst das geltende Recht zu achten, dauernd verfehlt. Da haben die Deutschnationalen nun endlich einmal einen sogenannten juristischen Fachmann wieder zum Reichsinnenminister gemacht und ausgerechnet der erleidet einen juristischen Bankrott, wie er größer gar nicht ausdenken ist. Das ist echt deutschnationaler Lächerlichkeit, so springen diese Herrschaften mit dem deutschen Volke und seinem Recht um. Wahrlich, es ist höchste Zeit, daß der Tag der Abrechnung kommt, daß diesen Herrschaften gezeigt wird, wie das Volk über sie denkt, daß sie ihre Quittung für ihre dauernden Verbrechen am deutschen Volke erhalten. Der 20. Mai wird sie ihnen bringen.

Die wahren Ursachen der Landflucht.

Williges Zugeständnis einer deutschnationalen Kreistagsmehrheit.

In großagratischen Kreisen wird fortgesetzt über die Landflucht in Ostpreußen gellagt. Von Landarbeiterseite ist demgegenüber immer und immer wieder darauf hingewiesen worden, daß lediglich die schlechten Löhne Schuld an der starken Abwanderung sind. Der Kreistag in Gumbinnen hat sich dieser Auffassung jetzt in einer einstimmig angenommenen Entscheidung angeschlossen. Er bezeichnete als einen der Hauptgründe für die Abwanderung von Lande die trostlose Entlohnung der Landarbeiter und forderte die Regierungsbehörden sowie die Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen auf, diesen Zustand schleunigst in Verbindung mit der Stützungsaktion für die Landwirtschaft durch eine Verbesserung der Entlohnung der landwirtschaftlichen Arbeiter zu beheben. Den Reichs- und preußischen Staatsbehörden ist die Entscheidung bereits zugegangen.

Die Resolution des Kreistages von Gumbinnen ist insofern besonders interessant, als die Mehrheit dieses Kreistages deutschnational ist. Die gleichen Leute, die sonst behaupten, ausreichende Löhne zu zahlen, beständigen jetzt also, daß ihre trostlose Lohnpolitik die Landarbeiter zur Abwanderung zwingt. Gebt ihnen am 20. Mai die Quittung!

Epp gegen Lettow-Vorbed.

Nationalsozialisten gegen Deutschnationalen.

München, 30. April. (Eigener Drahtbericht.) Die deutsch-nationale Militärkandidatur des Lettow-Vorbed in Südbayern hat die Hitlerleute zu einem Konkurrenzmandat veranlaßt. Unter Umsturz ihrer bereits im März aufgestellten Kandidatenliste gibt das Hitlerorgan jetzt bekannt, daß die Nationalsozialistische Partei als Spitzenkandidat für die drei rechtsrheinischen bayerischen Wahlkreise den ehemaligen General Epp aufgestellt hat. Die unqualifizierbaren Kandidaten des Lettow-Vorbed im Reichstag haben ihn also doch nicht mit dem Scheitern eines Abfliegkandidaten bewahren können. Da Friedemann an zweiter Stelle steht, ist mit seiner Wiederwahl kaum zu rechnen. Schon am 7. Dezember 1924 hat er als Spitzenkandidat der damals vereinigten Nationalen in den Wahlkreisen Oberbayern und Niederbayern, nur 70 000 Stimmen aufgebracht. Stütz für General Epp aber

auf den Wahlkreis Franken, so geht das dortige Mandat auf Kosten des bisherigen Abg. Straßer.

Die politische Rolle des General Epp, der sich nach dem Kriege als Freikorpsführer gegen die Münchener Räterepublik und bei den Ruhrereignissen betätigt hatte, begann nach seinem Ende 1923 erfolgten Ausscheiden aus der Reichswehr mit wiederholten Propagandareisen für die Wiederaufrichtung der Wittelsbacher Monarchie in Bayern. Damals stand Epp der Bayerischen Volkspartei nahe und war dazu ausersehen, in Konkurrenz mit den aktivistischen vaterländischen Verbänden die militärische Jugendziehung der regierungsfremden Bünde zu übernehmen. Er verschwand dann aber aus der Öffentlichkeit und machte erst wieder von sich reden durch sein räpelhaftes Auftreten vor dem Reichstagsmeauschuh in München. Er glaubte damals, den Ausschlag mit den Händen in den Hosentaschen provozieren zu können. Damals erlitt er eine gehörige Abfuhr, da man den arroganten Tölpel einfach aus dem Saale wies. Von dieser Abfuhr datiert seine Freundschaft mit Hitler, da dieser als einziger in seinem Blatt den General wegen seiner schlechten Kinderstube feierte. Bald darauf wurde Epp Mitglied der Hitlerpartei.

So agitiert die katholische Presse

Die katholische Presse ist mitunter interessant, sehr interessant. So liest man z. B. in der kirchlichen Beilage des ganz behänders frommen „Bayerischen Kuriers“:

„An die fünfzig katholische Keger in Daresalam haben eine Kongregation von „Heiligsten Herzen“ gegründet, zu dem Zweck, unter ihren christlichen Mitbürgern für die katholische Religion zu werben.“

Neben diesem Siegesbericht steht die folgende, in Zeitdruck hervorgehobene Notiz: Der in Mexiko-Stadt verhaftete lebende Bischof de la Mora hat dem „Daily Express“ mitgeteilt:

„Präsident Calles ist auch ein Feind der katholischen Kirche. Er hat mehrmals geköhnt: Ich bin ein persönlicher Feind von Christus.“

Es ist ja möglich, daß die fünfzig katholischen Keger in Daresalam es den Missionaren aufs Herz glauben werden, daß Calles ein persönlicher Feind von Christus ist. Vielleicht glauben sie sogar, daß Calles nur ein anderer Name für Nero oder für einen der jüdischen Hörsprecher ist, die Christus ans Kreuz schlagen ließen. Wenn aber dieser Satz in einer deutschen Zeitung in der Agitation für die deutsche Reichstagswahl in auflautet, dann kann man nur sagen: Wie unglücklich niedrig muß die katholische Kirche bei ihrer heftigsten Agitation die deutsche Wählerheit und namentlich ihre deutschen Mitglieder einschätzen!

Das wieder reingefallene Reichsgericht.

Keine Verhandlung gegen die kommunistische Zentrale.

Im Prozeß gegen die Mitglieder der kommunistischen Zentrale war der Verhandlungstermin vor dem Reichsgericht des Reichsgerichts am 9. Mai angelegt worden. Da die Angeklagten nach Auflösung des Reichstages nach Moskau geflohen sind, ist der Termin aufgehoben worden.

Keine Umbildung der französischen Regierung.

Paris, 2. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Die französische Regierung wird, abgesehen von dem durch seine Wahlüberlage verursachten Rücktritt des Arbeitsministers Vallières keine Umgruppierung erfahren. Das Kabinett wurde — nicht, wie es sonst allgemein nach Neuwahlen üblich ist, dem Präsidenten der Republik bei Beginn der neuen Legislaturperiode seine Demission überreichen, sondern sich der neuen Kammer mit einem Programm vorstellen. Damit ist zunächst jeder weiteren Diskussion über die Regierungsombildung der Boden entzogen. Auf das Arbeitsministerium erheben bereits die Gruppe Marin und die Gruppe Poincaré Anspruch. Die Regierung begründet ihren Beschluß damit, daß die Mehrheit des französischen Volkes die Politik der nationalen Union billigt.

Der Grund für die unerwartete Haltung Poincarés, so nimmt man in parlamentarischen Kreisen an, liegt darin, daß er den Parteien selbst die Initiative einer Neubildung überlassen will. In Vinkstreifen ist man der Auffassung, daß die Entscheidung der Regierung eine ausgesprochene Spitze gegen die Gruppe Marin darstellt, der Poincaré keine Konzessionen machen und so den etwaigen Anstoß zu einer Veränderung der Regierungsverhältnisse überlassen möchte. In der Neubildung einer unter der Führung des Abg. Francois Poncet stehenden Gruppe sieht man die Möglichkeit mehr für den Ministerpräsidenten, seine Majorität ohne Unterstützung der Rechten zu bilden. Man erwartet zum mindesten, daß im Verlauf des Sommers Veränderungen eintreten, wenn einschneidendere Fragen wie die Rheinlandräumung und die Stabilisierung zur Diskussion gelangen. Da der Ministerpräsident in der Außenpolitik das Verständigungsprogramm der Linken zu dem seinen gemacht hat, wird es früher oder später zu einer Trennung zwischen ihm und der Maringruppe kommen müssen.

Die Abendpresse vom Mittwoch hält im allgemeinen mit Kommentaren zu dem Entschluß der Regierung noch zurück. Die etwas verlegene und gewundene Art, in welcher der „Temps“ die Entscheidung der Regierung verteidigt, läßt darauf schließen, daß sie ihm selbst etwas unerwartet gekommen ist.

Wie es in Rußland wirklich aussieht.

Unglaubliche Wohnungsverhältnisse bei den Saisonarbeitern.

Die kommunistische Presse hört nicht auf, die sozialen Verhältnisse in Sowjetrußland als verheerend hinzustellen. Sie sind in Wirklichkeit weder vorbildlich noch nachahmenswert. Betrachten wir nur einmal die Lage der russischen Saisonarbeiter. Darüber schreibt das Moskauer „Gewerkschaftsblatt“ der „Trud“, in seiner letzten Aprilnummer (93) wörtlich folgendes:

„Die Saisonarbeiter sind auch in diesem Jahre wieder ohne Behausung. Bei einer Reihe von Trud- und Wirtschaftsorganisationen sollen demnach 45 000 Bauarbeiter beschäftigt werden. Untergebracht sind aber nur 29 000 Personen. Bei 23 anderen Wirtschaftsorganisationen dürften 55 000 Arbeiter den Sommer über beschäftigt finden, aber nur 11 000 können notwendig Unterkunft erhalten. Schon jetzt, zu Beginn der Saison, sind die Holzbaracken zahlreicher Unternehmungen überfüllt. Besondere Räume für Frauen sind nicht vorhanden. Sie schlafen gemeinsam mit den Männern. Der Fußboden wird nur einmal am Tage gesegelt. Die Decke ist undicht, sodaß der Regen hindurchdringt. Schränke gibt es für die Arbeiter überhaupt nicht. Diebstähle sind infolgedessen an der Tagesordnung. Die Verwaltung empfindet den Bauarbeitern ihre Fahrigkeiten vor Beginn der Arbeit im Büro abzugeben. Das Büro wird aber erst um 9 Uhr geöffnet, während die Arbeiter um 7 Uhr die Baracken verlassen. Auf 1000 Insassen kommt nur ein Herd, sodaß man Stundenlang antehen muß, um Teewasser zu erhalten. Zahlreiche Arbeiter gehen zur Arbeit, ohne am Morgen Tee getrunken zu haben.“

Die Aborte sind derart verfallen, daß man Gefahr läuft, in die Grube zu stürzen. Tatsächlich ist ein Arbeiter unlängst hinabgestürzt und wäre umgekommen, wenn er nicht im letzten Augenblick an den Haaren herausgezogen worden wäre. Die gleichen Zustände herrschen in familiären Behausungen der Saisonarbeiter: Mangel an Heizung, Schmutz und Ungeziefer usw.“

Schlimmere Zustände sind kaum denkbar — und das unter dem glorreichen Regime einer bolschewistischen Arbeiter- und Bauernregierung. Wir danken!

Der Prozeß gegen die deutschen Ingenieure im Donezgebiet

Wird in der zweiten Hälfte des Monats Mai beginnen. Der Anwalt der AG, Rechtsanwalt Munte, wird die Interessen der Angeklagten gemeinsam mit einem russischen Offizier verteidigen.

Englands „Sieg“ über Aegypten.

London, 2. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der englische Ministerpräsident erklärte am Mittwoch im Unterhaus auf eine Anfrage Ramsay MacDonalds, daß Großbritannien inzwischen eine neue Note nach Aegypten gerichtet hat. In dieser Note nehme die englische Regierung mit Genugtuung von der Entscheidung Aegyptens, das Verarmungsgeheimnis im gegenwärtigen Augenblick zurückzustellen, Kenntnis. Darüber hinaus erkläre die britische Regierung jedoch, daß sie sofort intervenieren werde, wenn der Verarmungsgeheimnisentwurf dem Parlament nochmals vorgelegt oder ähnliche Maßnahmen geplant würden. Außerdem wird gesagt, daß England in keine Diskussion über eine Abänderung der anglo-ägyptischen Vereinbarung von 1922 eintreten könne. Im übrigen bestätigte der englische Außenminister am Mittwoch, daß fünf britische Kriegsschiffe den Befehl hatten, nach Aegypten zu fahren. Inzwischen sei dieser Befehl widerrufen worden.

Der „Daily Herald“ stellt angefaßt dieser Augenblickserfolge der britischen „Kanonenboots-Diplomatie“ fest, solche Siege wie der von Großbritannien gegenüber Aegypten erzielte seien überaus leicht und erzielten den regelmäßigen lauten und dankenswerten Applaus. Auch die Wiener Bevölkerung habe im Jahre 1914 zum Teil Graf Berchtolds Ultimatum an Serbien mit hysterischem Beifall begleitet und das Vorgehen der österreichischen Regierung als den einzig richtigen Weg zum Schutze des Lebens und der Interessen der österreichischen Staatsbürger bezeichnet. Die Ergebnisse der Politik der starken Hand des Grafen Berchtolds, seien in der tragischen Geschichte der jüngsten Vergangenheit verzeichnet. Die Ergebnisse von Chamberlains Politik der starken Hand lägen in der Zukunft. Auch sie dürften keinen Beifall von der Nachwelt ernen.

Am 20. Mai

vereinigen sich die Stimmen der Wähler, die für die Sozialdemokratie abgegeben werden und den Bürgerblock zerschlagen wollen, auf die

Liste Nr. 1

Keine Auslieferung Bela Rhuns.

Der deutsche Reichstagsabgeordnete Kurt Rosenfeld hat beim österreichischen Justizministerium in der Frage der Auslieferung Bela Rhuns vorgebracht. Der Justizminister hat dem deutschen Abgeordneten erklärt, daß Bela Rhun nicht ausgeliefert werden könne, weil Bela Rhun in Ungarn härter bestraft werden würde als in Oesterreich. Oesterreich habe die Todesstrafe abgeschafft, in Ungarn bestehe sie noch. Dr. Rosenfeld hat dann noch die Durchreise Bela Rhuns durch Deutschland besprochen und betont, daß diese keine Schwierigkeiten bereiten werde.

Der reaktionäre Terror in Litauen.

72 Verhaftungen am 1. Mai.

Riga, 2. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In Litauen wurden bei dem Versuch, zum 1. Mai zu demonstrieren, 72 Personen verhaftet. Alle Verhafteten, in geschlossenem Zuge durch die Straßen zu marschieren, wurden in Rowna und ebenso auf dem Lande von der Polizei mit Gummiknüppeln vertrieben.

Ein Kommunistenheker gestürzt.

Der japanische Innenminister zurückgetreten.

Tokio, 2. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der japanische Innenminister Juzuki ist am Mittwoch zurückgetreten. Die konservative Regierung hofft dadurch die parlamentarische Krise zu überbrücken und im Amte bleiben zu können. Es verlautet, daß der Ministerpräsident jetzt selbst das Innenministerium übernehmen wird und dafür das Außenministerium an einen anderen Minister abzutreten gedenkt.

Der zurückgetretene Innenminister ist eine äußerst reaktionäre Persönlichkeit, gegen die sich seit Wochen der Sturm der Opposition richtete. U. a. wurde gegen ihn ein Misstrauensvotum im Parlament eingebracht.

Der Blutdurst des mexikanischen Klerus.

Eine neue Kamperei fanatisierter katholischer Priester.

Mexiko-Stadt, Ende April. (Eigener Bericht.) Der Kampf des mexikanischen Klerus und seiner katholischen Gesellschaft gegen den Staat und die Calles-Regierung hat in dem amerikanischen Vorkämpfer in Mexiko, Mr. Dwight Morrow, ein neues Angriffsobjekt gefunden. — In einem in der Hauptstadt weitverbreiteten Flugblatt greift das Episkopats-Subkomitee — dessen Zusammenlegung unbekannt ist und das im Namen der ausgewiesenen Bischöfe spricht — den Vorkämpfer offen wegen seiner diplomatischen Erfolge in Mexiko an, obgleich dieser Erfolg nichts weniger als den Krieg zwischen den beiden Nachbarkräften vermieden hat. Das Flugblatt bringt weiterhin offen die Enttäuschung der mexikanischen Katholiken über die freundschaftliche Haltung des Vorkämpfers zur mexikanischen Regierung und besonders zum Präsidenten Calles zum Ausdruck

und macht ihm den Vorwurf, nur an Mexikos Wiederaufbau interessiert zu sein und an den „Leiden des Katholizismus“ keinen Anteil zu nehmen. Auch die bekannte Aufforderung Morrows an amerikanische Finanziers, mit Calles gemeinsam an der Hebung des Landes mitzuarbeiten, findet scharfe Kritik. Einzelne Stellen des Flugblattes verdienen im Wortlaut festgehalten zu werden. „Der bekannte Bankier Morrow aus Wallstreet scheint durch die Vorkämpfer des Dreieinigkeitsfriedhofes bei Wallstreet den Grabstein und dem Tode gegenüber sehr gleichgültig zu sein. Aus seiner Vergangenheit mag ihm auch die Tatsache von Hinrichtungen nicht fremd sein, denn Vermögen in Wallstreet sind oft mit Blutvergießen erworben worden.“

Das Flugblatt schließt mit einer offenen Herausforderung der Calles-Regierung und fordert nochmals alle Katholiken auf, bei ihrer Haltung zu beharren und allen Leiden standhaften Widerstand entgegenzusetzen.

Tsianfu nun doch gefallen.

Tsianfu, die Hauptstadt der Provinz Schantung, ist von den in drei Abteilungen vorrückenden nationalen Streitkräften ohne Kampf eingenommen worden. Ein Teil der nördlichen Armee, dem der Rückzug angeordnet wurde, zieht sich auf Tsinan zurück. Die Meldung wird durch das japanische Kriegsministerium bestätigt. Es ist damit zu rechnen, daß dem nationalistischen Vorkämpfer bei Tientsin und Peking ernsthafter Widerstand entgegengesetzt wird, weil dort die nationalistischen Armeen auf die eigentliche Armee Tschangfajins stoßen werden.

Bermischtes.

Das Elend im Erdbebengebiete in Südbulgarien.

Sofia, Ende April. (Eigener Bericht.) Die Bevölkerung Südbulgariens lebt noch immer in nervöser Unruhe, da täglich neue, bald härtere, bald schwächere Erdstöße registriert und verspürt werden. Nach den Angaben der Regierung in der Kammer hat die Katastrophe bisher 103 Tote und 672 Verwundete gefordert. Die Zahl der zerstörten Häuser übersteigt 10 000, die der Beschädigten ist noch größer. Über 200 000 Personen haben ihre Wohnung verloren, weit mehr noch kampieren im Freien. Man kann sagen, daß die Bevölkerung aus ganz Südbulgarien seit 13 Tagen unter freiem Himmel lebt. Auch in den übrigen Gebieten des Landes ist noch keine Beruhigung eingetreten. Wilde Gerüchte und pessimistische Prophezeiungen erhöhen die allgemeine Nervosität. In aller Munde liegt die bange Frage, ob die Erdstöße andauern und wieder ein katastrophales Ausmaß annehmen könnten. Die Zeitungen veröffentlichen lange Gutachten europäischer bekannter Geologen. Namentlich wirkt ein Artikel des italienischen Geologen Bendandi in der „Belgrader „Politika“, in dem für den 4. und 5. Mai starke Erdstöße angekündigt werden. Nach Bendandi sollen die Erdstöße gleichzeitig in den Anden (Südamerika) und in Südeuropa erfolgen. Am 10. Mai soll Bulgarien neue schwache Beben verspüren, die mit starken Erschütterungen in China verbunden seien. Die hiesigen Geologen bezeichnen die Voraussagen Bendandis als Kuriosität, denen man mehr als kritisch begegnen müßte.

Aus Philippopel, Tschirpan, Borisowgrad und den umliegenden Dörfern kommen ununterbrochen erschütternde Hilferufe nach Zolten, Waggonen und Baumaterial für Baracken. Ein seit drei Tagen anhaltender Landregen erhöht das Elend der von dem Unglück betroffenen Menschen. Der Bürgermeister von Tschirpan telegraphierte an den sozialistischen „Narod“: „Die fortwährenden Erdstöße halten die Bevölkerung weiter in Erregung. Das Wetter ist eiskalt, regnerisch und neblig. Die Gefahr von Entkränkungen und Epidemien ist äußerst groß. Frauen und Kinder jampern vor Kälte, da sie seit drei Tagen durchnäßt sind, Zelte und Baracken fehlen. Die Lebensmittelfrage hat sich zuspitzt. Bis jetzt fehlt fast jede Hilfe. Sorgt für eilige Unterstützung.“

Am schwersten ist das Los der Tabakarbeiter in Philippopel, für die eine internationale Arbeiterhilfe unerlässlich ist. Die Gewerkschaften haben bereits zu eiligen Geldspenden aufgefordert.

Ein gemütlicher Gefangenentransport.

Vor dem Leipziger Schöffengericht wird sich in nächster Zeit ein Gefangenentransport wegen seines mehr als merkwürdigen Benehmens einem Gefangenen gegenüber zu veranworten haben. Der Wärter sollte die Gefangenen, einen Ingenieur, von hier nach Mannheim bringen. Schon auf dem Bahnhofs in Leipzig ließ er den Gefangenen „auf Ehrenwort“ ohne Aufsicht. Auf die Bitte des Häftlings hin stiegen beide in Weimar ein aus, wo der Wärter vor dem ihm anvertrauten Geld des Gefangenen ein großes Geselge veranstellte. Er betrat sich dabei so sinnlos, daß er liegen blieb und erst am anderen Morgen von dem Gefangenen geweckt werden mußte, der ihn bat, nun endlich zur Zielstation Mannheim zu fahren. Der Wärter mußte nur das Geständnis ablegen, daß er das ihm anvertraute Geld angegriffen habe und daß er in Mannheim nicht erscheinen könne, wenn die volle Summe nicht vorhanden sei. Er bat daher den Gefangenen in Mannheim ein entsprechendes Darlehen aufzunehmen. Nach der Ankunft in Mannheim versuchte dies der Gefangene auch bei verschiedenen Bekannten, konnte aber kein Geld bekommen. Nachdem ihm ein Bekannter den Rat gegeben hatte, daß zu flüchten, tat er das auch und konnte erst später wieder festgenommen werden. Der Wärter meldete in Leipzig, daß ihm sein Gefangener in Weimar entflohen sei.

Ein seltsamer Wunsch.

Die Frau des Mörders des Pariser Juwelenmachers Restorino wird sich demnach mit ihrem Mann kirchlich trauen lassen. Vor zwei Jahren war die Trauung nur landesamtlich vollzogen worden. Dieser Wunsch der Frau des Mörders, erregt in der Pariser Öffentlichkeit nicht geringes Aufsehen, da man eher mit einer Scheidung rechnete. Das Gericht wird sich mit dem Fall Restorino am 4. Juni beschäftigen. Die Verhandlungen sind für drei Tage anberaumt.



Was ein Kind nicht mag

soil man ihm nicht aufdrängen, denn sonst kann es leicht seine Gesundheit einem Vorurteile der Eltern zum Opfer bringen. Nicht immer ist die Weigerung des Kindes als Eigensinn oder Trotz anzusehen, denn der Organismus fordert Abwechslung unter den Nahrungsstoffen in ihrer Zusammensetzung, Beschaffenheit und im Geschmack. Sorgen dieser Art verschwinden sofort, wenn Oetker-Puddings auf den Tisch kommen, denn diese werden immer gern und restlos verzehrt, weil sie wohlschmeckend, nahrhaft und doch leicht verdaut sind. Dr. Oetker's Puddingpulver werden durch Zusatz von feinstem Reispulver jetzt in noch besserer Qualität hergestellt und enthalten außerdem die für die Blutbildung und den Körperaufbau notwendigen mineralischen Salze. Ein Päckchen kostet 10 Pfg. Dr. Oetker's Backin-Backpulver, Puddingpulver, Vanillin-Zucker, Gustin usw. sind in allen Geschäften stets frisch zu haben. Viele Anregungen zum Backen und zur Bereitung von Süßspeisen bietet Ihnen das

neue Oetker-Rezeptbuch, Ausgabe F, das für 15 Pfg. in den einschlägigen Geschäften erhältlich ist. Sie erfahren aus dem Buche auch Näheres über den vorzüglichen Backapparat „Küchenwunder“, mit dem Sie auf kleiner Gaskocherflamme backen, braten und kochen können. In völlig neuer Bearbeitung ist Dr. Oetker's Schmelzkochbuch, Ausgabe C wieder erschienen. Es will für jede Hausfrau und besonders für die angehenden ein guter Ratgeber in der Haushaltsführung sein, denn es trägt den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung und berücksichtigt die neuen Forschungsergebnisse in der Ernährungswissenschaft. Zahlreiche farbige Tafeln vervollständigen die Sammlung von fast 500 Koch-, Back- u. Einmacherezepten. Das 150 Seiten starke Buch ist in dauerhaftem Pappband, wo nicht vorräufig geg. Eisend., von 30 Pfg. in Mark. von mir portofrei zu beziehen. Dr. August Oetker, Bielefeld.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 3. Mai 1928.

Nach dem Fest.

Die Fahnen sind wieder eingezogen, die Musik ist ver-
lungen, der Massenschritt unserer Bataillone verzerrt. Nun
geht es wieder an die Arbeit, um am 20. Mai das Ergebnis dieser
Maifeier wahr zu machen. Schluß werden soll mit der Herrschaft
des Bürgerblods, das Volk soll sich selbst regieren, statt sich von
Junkern und Schlotbaronen unter dem Segen des Zentrums
regieren und ausplündern zu lassen. Bei der letzten Wahl haben
sich bis neun Millionen Proletarier bürgerlich gewählt und
daraus der größte Teil deutschnational. Wenn alle Großgrund-
besitzer deutschnational, alle großen Fabrikanten Deutsche Volks-
partei, und alle, die sich durch eigene Arbeit ernähren müssen,
sozialdemokratisch gewählt hätten, dann wäre uns das Ungemach
der letzten vier Jahre erspart geblieben. Nach Rechts haben
wir den Kampf zu führen, das Häuflein Kommunisten verdient
keine besondere Bekämpfung. Diese Arbeiterzerpflücker sind zwar
bisher die besten Helfer der Reaktion gewesen, und sind auch heute
noch ihre Hoffnung, doch hat unsere Maifeier bewiesen, wo die
Massen stehen, und wo keine Massen vorhanden sind. Selbst die
„Arbeiter-Zeitung“ muß zugeben, daß unser Marsch „verhältnis-
mäßig stark“ gewesen ist, was sie von dem ihrigen nicht zu be-
richten magt.

Der Einigkeitgedanke marschiert in der Arbeiterkass.
Partei und Gewerkschaften sind eins. Es gibt keine „Arbeiter-
parteien“, es gibt nur die eine große Sozialdemo-
kratische Partei, und was sich daneben aufstut, hat keine
Existenzberechtigung. In dieser Gewissheit nehmen wir den Kampf
mit der Reaktion und mit dem kapitalistischen Ausbeutertum auf,
und wir werden ihn bestehen. Der Sozialismus lebt, wissenschaft-
liche Erkenntnis sagt uns, daß er die Nachfolge des kapitalistischen
Zeitalters antreten wird. Das Tempo der Entwicklung aber muß
beschleunigt, die Leidenszeit des Proletariats muß abgekürzt, und
die Leiden selbst müssen verringert werden. Das geschieht, indem
wir mehr Macht im Staate gewinnen. Mehr Macht heißt sich um
in mehr Brot, mehr Freiheit, in bessere Wohnungen und bessere
Kleidung. Die Republik erscheint heute im wesentlichen als ge-
sichert, der Kampf geht nun um ihren Inhalt. Dieser Inhalt ver-
bessert sich, je stärker wir werden, zugleich aber festigt sich mit
unserer wachsenden Stärke auch die Republik noch weiter. Haben
uns die anderen den Wahltag geraubt, wir holen ihn
wieder! Haben uns die anderen durch ihre Zollpolitik alle
Lebensmittel verteuert, wir bauen die Zölle ab! Haben die
anderen durch unbeschränkte Freiheit der Karallele Preiswucher
auf allen Gebieten getrieben, so können wir bei entsprechender
Stärke den Abbau der Preise erzwingen. Haben die anderen die
Beihilfen abgebaut, so können wir die Beihilfen wieder
erhöhen, und dafür die Massensteuern verringern. Auch das
Schiedswesen in Lohn- und Arbeitszeitfragen läßt sich in unserem
Sinne beeinflussen. All das ist möglich, wenn die Arbeiterkass.
Partei einig ist, und den Feind dort sucht, wo er steht, dort, wo im
Zeichen Schwarz-weiß-rot die vollkommene Herrschaft der Be-
sitzenenden über das Volk erstrebt wird.

Reichlich zwei Wochen trennen uns noch von der ent-
scheidenden Schlacht. Ruht sie aus, um das Feuer der Begeisterung
für unsere gerechte Sache, das bei der Maifeier so herrlich auf-
glühte, weiter zu schüren. Im Zeichen unserer Kampfparolen
auf zu Kampf und Sieg.

Arbeiter, Angestellte und Beamte des Westens!

Auf zur Wahldemonstration heute 19 1/2 Uhr am Marktplatz!

Arbeiterportier im Nikolaitor!

Antreten zur Wahldemonstration heute pünktlich 19 1/2 Uhr
am Marktplatz. Fahnen mitbringen!

Die Zertrümmerung des Bürgerblods

lautet die Parole der Sozialdemokratie. Unsere Kandidaten
sprechen über dieses Thema

Freitag, den 4. Mai,

abends 8 Uhr, in nachstehenden Lokalen:

- Bauhaus, Frankfurter Straße,
Bergkeller, Klefischaustraße,
Wilhelmshaus, Neudorfstraße,
Huberlingaal, Friedrich-Wilhelm-Straße,
Wittke, Zimpeler Weg,
Bräuer, Gabisstraße,
Jägerhof, Gräblicher Straße,
Kölniger, Osiener Straße,
Kühnbaum-Gaststätte, Eingang Kupferstraße 18.

Redner sind: Götke, Brochmann, Mahe, Kaufmann,
Krumm, Sempel, Stope, Ziegler, Zils-Götke.

Alle Volksgenossen müssen sich über die Schicksalsstunde des
deutschen Volkes informieren und daher an den Versammlungen
der Breslauer Sozialdemokratie teilnehmen.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
Groß-Breslau.

Die Wirkung der großen Kundgebung

auf die Wahlfreudigkeit der Arbeiterklasse wird von der
„Schlesischen Zeitung“ richtig mitempfohlen. Unter der Uebers-
chrift „Reiter Mairummel“ jammert sie:

„Wie vorauszu sehen war, haben sich die Roten diesmal den
1. Mai zur Propaganda für die kommenden Wahlen ganz be-
sonders zuneige gemacht. Die Teilnehmer versammelten sich auf
dem Marktplatz, dem Königplatz und den angrenzenden Straßen
und marschierten in etwa 2 1/2 Stunden während dem Zuge durch
die Nikolaistraße, Herrenstraße, Kupferstraße über den
Neumarkt, Leßplatz, die Leßingbrücke durch die Paulstraße,
Getrudestraße, Biergartenstraße in den Meißelhof, wo die Kund-
gebung mit der in solchen Fällen üblichen Feier ihren Abschluß
fand. In dem Zuge mit seinen zahlreichen roten Fahnen,
Bannern und Wimpeln — die Farben der Republik waren
nicht vertreten — fielen besonders mehrere Plakate auf, die in
mehr oder weniger geschmackvoller Form zum Kampf gegen das
Bürgerium, gegen die christliche Schule und die Religion im
allgemeinen aufforderten. So wurde unter anderem inmitten
der in auffallend großer Zahl herangezogenen Jugendlichen,
unter denen man sogar zweijährige Kinder erblickte, ein
Doppelschild getragen mit den Aufschriften: „Heraus aus der
Kirche! Religion ist Opium für das Volk!“ Auf anderen
Plakaten konnte man lesen: „Das Arbeiterkind gehört in die
weltliche Schule. Am 20. Mai Abrechnung mit den Blut-
saugern des Proletariats. Krieg dem imperialistischen
Kriege!“ usw.

Man sieht, der Berger ist groß; er spricht aus jeder Zeile.
Der ahnungslose Berichterstatter hat in dem Zuge, sogar zwei-
jährige Kinder“ gesehen. Es ist gut, daß er davon Notiz nahm.
Daß zweijährige Kinder keinen Festzug mitmachen können, steht
für urteilsfähige Leute wohl fest. Aber in der Tat waren sechs-
jährige Kinder im Zuge, die durch das von den Rechtsleuten
verursachte Elend soweit in ihrer körperlichen Entwicklung
zurückgeblieben waren, daß sie nicht größer als zweijährige Kinder
ersahen. Das wollen wir ändern, indem wir am 20. Mai die
Zöllner und Volksausbeuter aus den Parlamenten hinauswählen!

Ein deutschnationales Flugblatt

geht uns zu, und zeigt, was die „Reiter“ diesmal den Wählern
zu sagen haben. Der Inhalt ist mehr als dürftig, kein Wort steht
daran, was die Deutschnationalen in den letzten vier Jahren nach
ihren großen Versprechungen im Reiche geleistet haben. Denn
vom Brotwucher, von den Steuererhöhungen an die Besitzenden,
von der Streichung der Rinderpeilung, von der Futtermittel-
wirtschaft eines Reudell und all den anderen schönen Dingen läßt
sich den Wählern schlecht etwas erzählen. Also beschränkt man sich
auf Preußen, dem „Staar Friedrich des Großen“. Friedrich der
Große war zwar kein Deutschnationaler, denn sonst hätte er seine
Kriege bestimmt verloren, er war ein Freigeist und sprach nur
französisch. Trotzdem ziert sein Bild mit dem „Adlerbild“ des
Flugblatt. Daneben ein fetter Jude, angeblich unser Genosse
Grzejinski. Keine Spur von Lehnlichkeit, schon weiß Grzejinski
kein Jude und auch nicht übermäßig korpulent ist, aber auf einem
deutschnationalen Flugblatt nimmt sich ein sozialdemokratischer
Minister so am besten aus. Was weiter folgt, sind Phrasen.

„Einsittiges Parteiregiment“, „Staatsverwaltung und Polizei zu
gefügigen Organen des Parteiwillens machen“, „verfassungsmäßig
verbürgte Gewissens- und Meinungsfreiheit zur leeren Phrase
geworden“, „über Laufbahn des Beamten entscheidet das Partei-
buch“, „christlicher Geist und nationaler Sinn aus der Schule ver-
drängt“, „Minister keine Zeit, um Vertreter verzweifelter
Bauern anzuhören“, „Hak gegen ruhmvolle Vergangenheit“,
„Schwarz-Weiß-Rot“ (In Preußen?) und daher Liste 2 deutschna-
tional.

Wel Hunde wird man bei dieser Wahl mit solchen Phrasen
nicht mehr hinter dem Ofen hervorholen. Es muß in jeder Weise
schlimm um eine regierende Partei bestellt sein, wenn sie von
ihren eigenen Leistungen gar nichts zu berichten weiß. Dabei
haben doch die Deutschnationalen, vom Rennerbetrug angefangen
bis zur Rot-Front-Diamage ihres Ministers Reudell, wirklich
alles geleistet. Überall, wo sie sich in der nächsten Zeit maufig
machen, frage man sie nur nach den Leistungen dieser absoluten
Blamieser.

Das große Schweigen des Zentrums.

Reichsarbeitsminister Brauns sprach und — schwieg.

Wahlaufrufe und Wahlreden sind nicht nur lehrreich in ihrem
Inhalt für die Politik einer Partei, sondern mitunter weit lehr-
reicher in dem, was sie nicht bringen. Hierin zeichnen sich bei
dieser Wahl ganz besonders die Mittelparteien aus. Wir berichteten
erst dieser Tage von ein, recht dürftigen Ministerrede des
Demokratenführers. Am Sonntag sprach in einer Zentrums-
versammlung in dem nicht gerade übermäßig großen Saale des
Königshauses Reichsarbeitsminister Brauns, und auch in seiner
größt angelegten Wahlrede waren recht bemerkenswerte Lücken zu
finden.

Sein Referat war unter die Frage gestellt: Ist das
Zentrum der Not der Zeit gerecht geworden? Wo-
bei die Betonung mehr — das versteht sich — auf Zentrum, als
auf die Not der Zeit gelegt wurde. Das gerade bei dieser Partei
so deutlich in Erscheinung tretende Streben nach Macht und An-
passung wurde von ihm, dem Minister, umgedeutet, in einen
Herzismus der Verantwortung ohne Unterlaß. Eine Regierung
ohne das Zentrum wäre in den vergangenen schweren Zeiten nicht
möglich gewesen. Der Redner gab weiterhin einen geschichtlichen
Rückblick über die Außenpolitik von Versailles bis Locarno, die
ein Bild des Aufstiegs gewesen sei. Der Name Wirth aber
wurde hierbei nicht einmal erwähnt, geschwehe denn
die Verständigungspolitik der Sozialdemokratie, die mitzumachen
das Zentrum seinerzeit gezwungen war. Die grundsätzliche Ein-
stellung zum Staate entspricht nicht einer bloßen Taktik (?),
sondern der Weltanschauung der Partei. Dahinter kam aber gleich
der schöne Satz von der Verfassungskartei, und daß „das Zen-
trum genau so freudig zur Republik siehe wie
früher zur Monarchie.“ (!!!)

Vom Wirtschaftslieben wird der Aufstieg von 1923—1928 ge-
priesen, verschwiegen aber, für wen der Aufstieg Gewinn brachte.
Die Produktivität ist gewaltig gestiegen, von einer Steigerung
der Löhne konnte der Arbeitsminister nichts erwähnen. Der
Mittelstand erfährt äußerst pflegliche Behandlung, „das Zentrum
ist ganz besonders an der Erhaltung und Gesundung eines möglichst
selbständigen Gewerbes interessiert“. Die hohen Steuerlasten des
Reiches werden als unhaltbarer Zustand bezeichnet, von der Be-
lastung der arbeitenden Bevölkerung durch Massensteuern und
Wucherzölle, für die ja das Zentrum mitgestimmt hatte, wurde
natürlich kein Wort gesagt; dagegen die Lohnsenkung, ein
Antrag unserer Partei, lediglich als Werk der Zentrumsparlei
bezeichnet.

Recht bemerkenswert war das, was der Zentrums-
minister über die Sozialpolitik zu sagen mußte.
Natürlich ist der Ausdruck Sozialreaktion ein Schlagwort der
Sozialdemokratie; in Wirklichkeit ist unter dem Bürgerblod und
unter Brauns natürlich, äußerst viel auf sozialem Gebiete getan
worden. Da ist die Umgestaltung des Arbeitsrechts, die — Gott
sei Dank — solche Riesenerfolge, wie sie England hatte, unmöglich
machte, da ist die vernünftige Arbeitsmarktpolitik (das Arbeits-
nachweisgesetz wurde 1922 unter sozialdemokratischem Regierungs-
einfluß geschaffen. D. Red.) Das Arbeitslosenversicherungsgesetz
ist natürlich wiederum ein Werk der Zentrumsparlei. Großzügig
und zynisch offen erklärte Herr Brauns, „alle weitergehenden An-
träge haben wir getrotzt der Opposition überlassen“. Nur ein
Gesetz vergaß aber der Ministerredner zu erwähnen: das Arbeits-
zeitnotgesetz, auf das er selbst auf Zufuß hin nicht einging. Denn
hier hätte er erwähnen müssen, wie das Zentrum mit den Deutschna-
tionalen die Anträge auf Verbesserung, die die Vinte gestellt
hatte, niederstimmte. Als er aber patetisch erklärte, daß das
Zentrum sich immer der Not des Volkes angenommen habe, gab
es Unruhe im Saale und der Herr Minister wurde merklich klein-
lauter. Dem Zufuß „das Zentrum stimmt für Fangerzeuger und

„Hoppa, wir wählen“.

Uraufführung der Wahlrevue der Breslauer Jungsozialisten
1. Mai.

Neben den Theateraufführungen, die am Abend des 1. Mai
von der Maifeierkommission für die Festteilnehmer veranstaltet
wurden, fand im großen Saale des Gemeindefesthauses auch die
Uraufführung der von den Jungsozialisten einstudierten Wahl-
revue „Hoppa, wir wählen“ statt. Der große Saal war
bis auf den letzten Platz von einer begeisterten Zuschauerschaft
besetzt, die die Darbietungen der
Jungsozialisten mit Begeisterung aufnahm. Die Wahlrevue der
Jungsozialisten stellte sich als eine sehr lustige und wichtige Ver-
kostung der Politik des Bürgerblods und der Bürgerblodparteien
und der Verhältnisse in der kapitalistischen Gesellschaft heraus.
Im Vorpiel wurde zunächst die Menge der Wähler gezeigt, die
am 20. Mai zur Wahlurne geht und den Stimmzettel für die
SPD abgibt. Im ersten Bild wurde dann dargestellt, wie der
Bürgerblod entstanden ist. Es erschien die auf der Vorderseite
schwarz-weiß-rot und auf der Rückseite schwarz-rot-gold gefärbte
Stimmzettel, die mit Hilfe des geschäftigen und feils fremd-
lichen Pfarrers Seggerhorst, der die Zentrumsparlei ver-
körperte, den deutschnationalen Grafen Reudell, einen
monarchiebemehrten Subtennanten in einer Vernunftshe heiratete.
Man sah, wie in dem Ehevertrag die berühmten Richtlinien des
Herrn Marx unterzeichnet wurden. Im nächsten Bild war dann
aber schon der Kampf in dieser neuen Ehe da. Zuerst geriet die
Stimmzettel mit ihrem Grafen Reudell in eheliche Zwistigkeiten
über finanzielle Fragen, weil der deutschnationale Graf Reudell
ein wenig höfischer ist. Die Stimmzettel rief dann den Pfarrer Steger-
horst zu Hilfe, der alsbald in einem herrlichen Hermelinhäutchen
in seiner Eigenschaft als frischgebackener Herzog von Afghanistan
erschien. Aber ansatz daß er die Ehe wieder leinerte, geriet die
Stimmzettel auch mit ihm wegen der Schule in Konflikt und unter
heiligem Kampf ließ der ganze Bürgerblod auseinander, nicht ohne
daß die Vertreterin der christlichen Volkspartei, die Witzersdäin
Frau Witzersdäin, diesen ergötlichen Vorgang mit einigen Schnab-
dänerla begleitete. Auf der demokratischen Koch und der biedere
Republikaner auf eigene Faust, Wirth, gaben ihren Senf dazu.
Im nächsten Bild wurde uns die Reudell'sche christliche Schule
näherlich vor Augen geführt. Von einem braven, tüchtig den Saal
besitzenden, aber nach oben um so unterträgigeren Lehrer betreut,
haben wir eine höhere Tochter aus christlichem Hause alle die über-
heiligte Weisheit nachhuten, die uns demgemäß gebundene Gelehr-
tamer wieder christlichen müßten. Am ergötlichsten war das
Bild von dem Gang der Sonne um die Erde. In der Erde fand

ein böser junger roter Felle, der durch freche Bemerkungen und
unziemliche Bewegungen (lange Nasen) gegen den Lehrer zeigte,
wie verkommen die sozialistische Jugend ist. Im vierten Bilde
war mit Recht aller Humor fortgelassen. Das, was dort gezeigt
wurde, wurde in bitterstem und tödlichem Ernst gezeigt. Gezeigt
wurde nämlich unsere deutsche Justiz, deren rechtes Auge so sorg-
fältig mit einer Binde zugebunden ist, während das linke unter
der Binde hervorsteht. Die Anlage des von der Klassenjustiz
verurteilten politischen Gefangenen gegen die Richter war ersch-
ütternd. Das Bild wurde dadurch besonders wirkungsvoll
gemacht, daß hier in den Text die bekannte Dichtung von Kurt
Tucholski: „Haben Sie schon mal, Herr Landgerichtsdirektor“,
ein patentes Anlagengebäude, eingeschoben war. Nachdem ein Vor-
hang über die deutsche Justizhande gefallen war, erschien strahlend
in einem goldenen Helm aus dem klassischen Altertum Phobus,
der Sonnengott, selber, um uns etwas über seine schönen deutschna-
tionalen Geschäften zu erzählen. Er renommierte nicht schlecht
von den Betrügereien, die er dem Staat gegenüber vollführt hat.
Er wurde abgelöst durch die deutsche Reichswehr, bei der die
Soldaten noch genau so geschliffen werden wie im alten Heer,
während sie treu republikanisch, wie sie sind, nur dem falschen
Prinzen Demela framm können. An dieser Stelle wurde die
Renue unterbrochen durch das prächtige wichtige Gedicht von
Kurt Tucholski „Drei Minuten Gehör“. Im Anschluß daran
wurden die geheimen Untergründe der Reaktion in Deutschland
bloßgelegt. Zuerst erschienen bärbeißig und mit aufgesperrtem
Riemenmund die Hafentruerler auf der Bühne. Nachdem ein Vor-
hang fortgezogen war, tauchten ihre Drahtzieher auf die Ab-
geordneten der Deutschnationalen. Doch auch sie sind nur Kuffisen.
Ein weiterer Vorhang fiel und hinter ihm tauchte als geheime
Triebskraft ihrer Politik die Hugenbergpresse auf, und als deren
Triebskraft erschien zuletzt das Bild des Kolod Kapitalismus,
der mit seiner Profitlust das ganze Getriebe der Gesellschaft in
Schwung hält. Im letzten Bild endlich wurde das Publikum durch
den Kundfunk angesprochen. Der Paneuropäender kündigte die
verschiedenen Sender an, die dann zum Publikum sprachen.

Zuerst erschien der Sender Paris, dann der Völkerbund-
sender, dann der Sender Moskau, der Sender Wien und schließlich
der Sender SPD, der zur Beteiligung an der Wahl und zur
Stimmabgabe für die Sozialdemokratische Partei am 20. Mai
aufrief.

Die Renue wurde von den Jungsozialisten mit großem Eifer,
mit Begeisterung und mit für Laien bemerkenswerten dar-
stellerischen Können aufgeführt. Jeder einzelne war mit aller
Kraft und Liebe bei der Sache, und man würde, wie hier in
folgenden Arbeit etwas Wertvolles geschaffen war. Von den
einzelnen Mitwirkenden möchten wir aber doch immerhin einige

nennen. Besonders hervor tat sich in ihren Rollen Genossin Kade-
macher, die zunächst mit gutgeschulter Stimme und lebendigem
Ausdruck einen Prolog sang und später vor allem die Stimmzettel
darstellte. Als diese Wiesbacher betätigte sich Genossin Frida
Scholz, während Genosse Oppler den Grafen Reudell mit
schmerzendem Offiziersstimm und vollendetem Hochmut darstellte.
Den Pfarrer Stegerhorst spielte Genosse Willi Stumpe, den
demokratischen Koch Wolf Otto und Wirth Max Kausch.
Vom dritten Bild ab betätigte sich Genosse Krummshmidt
als Anlager, während Genossin Käthe Rade die höhere Tochter
und Genosse Reinhold Kofke den Lehrer darstellte. Eine
besondere Anerkennung verdient Genosse Sachmann als ge-
fangener Kommunist. Den Phobus spielte Genossin Trude
Hanisch, die auch später die Hugenbergpresse verkörperte. Rein-
hold Schuler war ein schneidiger Reichswehrunteroffizier,
während Genosse Kitzke den Prinzen Demela spielte. Das
Gedicht von Tucholski „Drei Minuten Gehör“ trug sehr ausdrucks-
voll Genosse Geyroy vor. Als Anlager im Kundfunkender
und als Paneuropäender trat die Genossin Schramm auf,
während den Sender Paris Genosse Kelsen, den Völkerbund-
sender Genosse Dr. Siegfried Marsch sprach und den Mos-
kauer Sender Genosse Krummshmidt vertrat. Den Sender des
roten Wien stellte Genossin Käthe Rade dar, während Genosse
Schramm mit einer ausgezeichneten Nase auf Welle Berlin
sprach. Als Regisseur der ganzen Aufführung wirkte Genosse
Dr. Siegfried Marsch, der auch der Verfasser des Textes ist.
Er wurde vom Genossen Eggers bei dieser Regiebetätigung unter-
stützt. Mit Recht wurde Genossen Marsch für seine historische
Arbeit und für seine Regiebetätigung von der Zuschauerschaft mit
besonderem Beifall gekannt. Die Leistung aller Beteiligten ist
um so bemerkenswerter, als nur sehr kurze Zeit zur Einübung
der Renue übrig blieb. Nicht einmal drei Wochen standen für
diese sehr umfangreiche Arbeit zur Verfügung. Kein Wunder,
daß mehrfals bis in die tiefe Nacht hinein geprobt werden mußte,
mobei alle Beteiligten unermüdet bis zum Schluß aushielten.
Emblich sei noch erwähnt, daß das große Bild, das den Kapitalis-
mus darstellte, nach Motiven von George Grosz von Genossen
Schulke gemalt wurde.

Die Aufführung der Wahlrevue der Jungsozialisten wird
in Breslau wahrscheinlich noch drei- bis viermal wiederholt
werden. Wir glauben, daß der Partei damit ein wirksames Pro-
pagandamittel geschaffen ist; und so haben die bei der Aufführung
mitwirkenden Genossen uns nicht nur den Abend des 1. Mai ver-
liehen, sondern sie haben mit ihrer Tätigkeit auch wertvolle Arbeit
geleistet.

nicht für Kinderpflegetage" wurde entgegen, daß die Zeit zu schade sei, als daß er darauf eingehen sollte, und lediglich gesagt, daß Friedensverträge nicht eine Lösung für alle Zeiten bedeuten, und die wenigen Freiheiten des Friedensvertrages bis zum letzten ausgenutzt werden müssen.

Nachdem sich der Redner noch mit den Zweiflern und Kritikern innerhalb der eigenen Partei auseinandergesetzt, ein wenig des Schulgeses zeigte und gegen Splinterparteien gesprochen hatte, kam er zu dem Schluß, daß das Zentrum das Ideal einer Partei ist, da es unzerstörlich alle Stände vereinigt; keine religiöse, sondern eine wirtschaftliche Partei ist.

Eine Diskussion wurde nicht zugelassen — „Eindruck der Rede nicht schwächen" — „bei so schönem Wetter" (!) usw. —; vielleicht hätte man dann eine Ergänzung zu dieser Ministerrede gehört, die dieser Partei nicht gerade angenehm geklungen hätte. Denn weniger in dem, was hier gesagt, als vielmehr in dem, was nicht gesagt wurde, zeigt sich der wahre Charakter des Zentrums, das oft die wertvollste Stütze der Reaktion des Bürgerblodes gewesen war.

Reichstagsabgeordneter Morath

für die Breslauer Beamtenschaft erledigt.

Die Deutsche Volkspartei hatte für Sonnabend einen öffentlichen Wahlerversammlung nach dem Bingenhaule einberufen und als Redner den Reichstagsabgeordneten Morath verpflichtet. Wenn die Versammlung einermäßig besucht war, so nicht aus Interesse für die Volkspartei, sondern weil Teile der Beamtenschaft ihren Senf, d. h. Verdienster und Verdienster ihrer beamtenrechtlichen Belange kennen lernen und ihr Mißtrauen zum Ausdruck bringen wollten. Der Vorsitzende des Ortsausschusses Breslau des Deutschen Beamtensyndikats, Rechnungsdirektor Krause leitete die Versammlung. Der Referent beschäftigte sich zunächst mit der Unabwendbarkeit der deutschnationalen Volkspartei und kam dann auf die Beamtensituation der deutschen Wirtschaft zu sprechen. In der Hand verschiedener Äußerungen einzelner Wirtschaftsführer glaubte Redner alle Eingriffe gegen das Berufsbeamtentum von der Wirtschaft abschütteln zu können. Nach altem Rezept, wenn du selbst kein reines Gewissen, versted dich hinter Andere! zitierte er Siegelwaid, daß er allein für die Beamtensituation des Berufsbeamtentums sei. Bei dieser Gelegenheit zitierte er auch Zeitungsausschnitte aus Arbeiterkreisen, die den Beweis erbringen wollten, daß auch die freien Gewerkschaften gegen das Berufsbeamtentum eingestellt wären. Erst nach mehrtägigen Zwischenrufen bequante sich der Redner, die christlichen Gewerkschaften als Urheber zu benennen. Aber auch die Sozialdemokratie sollte Haare lassen und bei dieser Gelegenheit mußte festgestellt werden, daß die Wahrheit bei Herrn Morath kein Recht hat. Scharf pochten die anwesenden freigeberwirtschaftlichen Beamten auf und mehrere Male mußte der Redner in die Schranken gewiesen werden. Fast kindisch mutete die Frage an, was die Sozialdemokraten für die Beamten getan hätten, wo sie am Ruder waren! Dem Genossen Steinbock unterstellte er ebenfalls Unwahrhaftigkeit. Kein Wunder, wenn durch solche demagogische Kampfesweise die Versammlung äußerst lebhaft wurde. Auch der Versuch, die Beamten gegenüber den Arbeitern betreffs ihres Einkommens auszuspielen, mißlang und war nur ein Beweis dafür, daß die Arbeiterorganisationen es besser verstehen, die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten, als die gelben Beamtensverbände. In der freien Ausdrucksweise hatten acht Redner der verschiedenen Parteien sich zum Wort gemeldet. Die Redezeit für den ersten SPD-Redner wurde auf zehn Minuten, für alle anderen auf fünf Minuten festgelegt. In äußerst wirksamer, aber faßlicher Weise konnten die Genossen Jensen, Tilsch und Fuhrmeister des Referenten wahres Gesicht und die Latenzgründe des Berufsbeamtentums zeigen. Alle geistelten den Referenten als Angelegten, zeigten, daß Wort und Tat sich in höchstem Gegensatz befanden, daß Referent sich nur als Beschützer des Kapitals durch Wort und Handlungen ausgepielt, und daß er in demselben Sinne seine heutigen Ausführungen gehalten habe. Obwohl sich eine ungeheure Erregung der Versammlung bemerkt wurde, war es doch einem alten Geheimrat durch sein bewährtes Auftreten möglich, sich einermäßig Ruhe zu verschaffen. Daß er, wie er ausführte, durch Krieg und Inflation alles verloren habe, nun noch 40 jähriger treuer Dienstreue befehlarm dolche, und für diesen Zustand als langjähriges Mitglied der Deutschen Volkspartei seine eigene Partei allein verantwortlich machte, war der Versammlungslust und dem Referenten äußerst unangenehm. Um die Situation zu retten, sprachen noch einige von der Deutschen Volkspartei mit wenig Glück. Das Schlußwort war äußerst unglücklich. Wieder gingen die Wogen der Erregung hoch und gestalterten sich tumultuarig, als der Referent den alten Beamten die Pünzler brandmarken wollte, und ihn mit unflätigen Äußerungen bedachte. Da kam das wahre Gesicht des Reichstagsabgeordneten Morath zum Durchbruch; er hat sich selbst gerichtet. Die anwesenden Beamten, die noch ein wenig Sympathie für ihn übrig hatten, wandten sich nun entsetzt ab und nur eine Meinung hatte alle erreicht: „Dieser Mann gehört nicht in den Reichstag!" Dieser Meinung dürften auch zu 99 Prozent alle im D.S.S. vorhandenen Beamten sein.

Sonderbau für Fischbau und Aufbereitung auf dem Breslauer Maschinenmarkt.

Gelegenheit des diesjährigen Breslauer Maschinenmarktes, der in der Zeit vom 10. bis 13. Mai dieses Jahres stattfindet, wird im Rahmen der wissenschaftlichen Ausstellung der Landwirtschaftskammer Niederschlesien wiederum eine Sonderbau für Spin- und Flechtmaschinen gezeigt werden. Neben reichem Material von Rohwollen und Gerüstmaterialien aus denselben wird vor allen Dingen der schlesische Fischbau, Fischaufbereitung und die Endprodukte: fertiges Fein- und andere Produkte, die aus Fisch gefertigt werden gezeigt. In Schließen spielt der Fischbau und die Fischaufbereitung noch wie vor eine große Rolle, macht doch allein die hiesige Jahresausbeute fast die Hälfte der gesamten Fischausbeute in Deutschland aus.

Landwirtschaftlicher Maschinenmarkt.

Blumen- und Gemüsebau.

Die Gartenbauabteilung des Landwirtschaftlichen Maschinenmarktes vom 10. bis 13. Mai wird in diesem Jahre besonders reichhaltig sein; die nachstehenden schlesischen Gartenbauabteilungen stellen im Hofhof auf einer Fläche von 1000 Quadratmetern ihre Spezialität dar: Spin- und Flechtmaschinen, Ballenpressen in verschiedenen Art und Größe, blühende Pflanzen für Blumen- und Gemüsebau für Garten- und Betriebszwecke werden hergestellt. Ferner gezeigte Kaffee- und Kaffeemaschinen werden die Möglichkeit der Auszubildenden gezeigt. Ferner werden auch Kaffee- und Kaffeemaschinen an Blumen- und Gemüsebau zu zeigen Gelegenheit gegeben.

Die deutsche Grundkultur ist bei ganz besonders unter dem Gesichtswinkel der Auszubildenden. Die Ausstellung schlesischer

Gewerkschaftsbüro - Lichtdrucke

Wiederholungs-Vorführungen Donnerstag, Freitag und Sonnabend, den 2., 3. und 4. Mai wegen beispiellosem Erfolg Montag 2 1/2 und 3 1/2 Uhr

Das Ende von St. Petersburg

von
Eduard Zola

Für Jugend geeignet! Mit Illustrationen von H. P. ...

Grüßgemütes soll den Beweis von der Leistungsfähigkeit des heimischen Gewerbes erbringen.

In dem im freien Gelände aufgestellten Gewächshäusern werden Düngungsversuche an verschiedenen Pflanzen durchgeführt, um Fachleuten und Laien das Nährstoffbedürfnis der Pflanzen zu zeigen.

Ist die Gartenbauabteilung in der Hauptsache für das Publikum und namentlich auch das schlesische Publikum bestimmt, so wird doch auch der Fachmann, d. h. der Fachgärtner selbst, in dieser Abteilung so manches finden, was ihm für Verbesserungen im Betriebe Anregung geben kann. Daneben fehlen natürlich die täglich notwendigen Gärtnereibedarfsartikel keinesfalls.

Jedenfalls werden die Gartenbaubetriebe mit ihren blühenden Pflanzen und mit den farbenprächtigen Gemüsen den schönsten Mittelpunkt des Messehofes bilden.

In anderer Weise ist der Gartenbau dann ferner an der diesjährigen Veranstaltung mit seinen Sondergärten beteiligt, nämlich der Jahrhunderthalle liegen und von jeder einen Hauptanziehungspunkt des Scheitniger Parkes bilden. Die Gärten werden für jeden Besucher des Maschinenmarktes ohne besonderes Eintrittsgeld zugänglich sein.

Schlesier-Ausstellung in Berlin.

Am 6. Mai wird in Berlin im alten Schloss von der Deutschen Kunstgemeinschaft eine Schlesier-Ausstellung eröffnet, die durch eine Ausstellungs-Jury in Breslau zusammengestellt worden ist. Der Jury gehören an: Akademiestatistik Professor Bednorz, Universitätsprofessor Griesebach, Studentrat und Zeichnerlehrer Holz, Rechtsanwalt und Notar Dr. Pittmann, Museumsdirektor Dr. Wiese.

Zur Eröffnung der Ausstellung sind zahlreiche Behörden, Kunstfreunde und alle mit Schlesien zusammenhängenden Stellen geladen. Es ist dies die erste Ausstellung, mit der die schlesische Kunstlergemeinschaft sich geschlossen in der Reichshauptstadt vorstellt. Es darf daher erwartet werden, daß nicht nur alle Kunstinteressenten, sondern alle Schlesier dieser Ausstellung ihre Aufmerksamkeit schenken und sie besuchen werden, obwohl dieser erste Schritt in die deutsche Öffentlichkeit zunächst nur in bescheidenen Grenzen getan wird.

Die Groß-Breslauer Postanstalten.

Nach der Erweiterung des Stadtgebietes von Breslau haben die im Eingemeindungsgebiet vorhandenen Postanstalten die nachstehenden Bezeichnungen erhalten: Breslau-Carlswitz, Breslau-Deutsches-Licht, Breslau-Herrnhut, Breslau-Gundelsfeld, Breslau-Krieger, Bre-lau-Neutitz, Breslau-Oswitz, Breslau-Tilsnit, Breslau-Rosenthal, Breslau-Schmiedefeld, Breslau-Schwönitz und Breslau-Klein-Tischwitz.

Die Umlegung des Einwohner-Meldeamts

von der Schußbrücke Nr. 46 in den Reiffelweg des neuen Polizeidienstgebäudes am Schöneberg-Graben beginnt am 14. Mai. Der Eingang zu den Räumen des Einwohnermeldeamts befindet sich in der Museumsstraße gegenüber dem Amtsgericht. Der Polizeipräsident weist wiederholt darauf hin, daß an den Umzugsagen nur die notwendigen Anfragen mündlich durch das Einwohnermeldeamt erledigt werden können.

Die Bestellung der Wahlvorsteher und Beisitzer.

Außerung der örtlichen Parteiorganisationen.

In einigen preussischen Landesteilen ist die Besorgung ausgeprochen worden, die Auswahl der Kreiswahlleiter, der Beisitzer usw. hängt nach parteipolitisch einseitigen Gesichtspunkten erfolgen. Demgegenüber weist der Amtliche Preussische Presse-Dienst erneut auf den Runderlaß des Preussischen Innenministers hin, der die erforderlichen Vorschriften für die Vorbereitung der Kreiswahl- und Landtagswahlen enthält und in dem die ernannten Verbands- und Kreiswahlleiter ersucht werden, mit möglicher Beschleunigung aus den Stimmberechtigten der Parteien des Wahlkreisesverbandes und des Wahlkreises nach Anhörung der Parteileitungen die Beisitzer und Stellvertreter für die Verbands- und Kreiswahlleiter und der Kreiswahlkreise zu berufen. Weiter heißt es in den Vorschriften über die Angliederung der Wahlbezirke, daß die Abstimmungs-(Wahl)-Vorsteher rechtzeitig unter Berücksichtigung der verschiedenen Parteien aus den Wählern des Wahlbezirks, für den sie bestellt sind, Beisitzer und aus einem beliebigen Wahlbezirk einen Schriftführer zu berufen haben. Um bei der Zusammenziehung des Abstimmungs-(Wahl)-Vorstandes eine Berücksichtigung der verschiedenen Parteien des Abstimmungs-(Wahl)-Bezirks zu erreichen, sollen sich die Wahlvorsteher mit den örtlichen Parteiorganisationen in Verbindung setzen.

Nach diesen einseitig und klar zum Ausdruck gebrachten Willen des preussischen Ministers der Innern, jede einseitige, das Wahlergebnis nach der einen oder anderen Richtung hin beeinflussende Stellungnahme von vornherein unmöglich zu machen, dürfte sich die in dieser Hinsicht geäußerten Befürchtungen sehr bald als unbegründet erweisen.

Das Kaiserfeld am Lauenhagenplatz.

Manche ist des Kaiserfeldes am Lauenhagenplatz ganz obgetragt; liegt die Fundamente sind fast vollständig fertig. Das angrenzende Haus der Hamburg-Amerika-Linie ist auch schon zum großen Teile fertiggestellt; der Abriss der übrigen Grundstücke nach der Eisenstraße zu, ist in Angriff genommen. Bei den Abrissarbeiten zeigt sich, daß ein Kaiserfeld vor sich zu haben und mancherlei gibt nichts an der Seitenmauer, wo das Kaiserfeld untergeht, nach dessen Kunde, daß hier vor wenigen Wochen ein der hiesigen Kaiserhofes gestanden hat. Das Kaiserfeld nach Kapellestraße der oberen Zimmer, soweit diese an die Seitenmauer grenzen und architektonischen Schmuck aller Art. Wie lange noch, und auch diese wenigen Reste aus der Vergangenheit des Kaiserfeldes werden nicht nur der hiesigen Bevölkerung sein. Nach ein oder zwei Jahren dürfte hier noch der Abriss sein. Es wird in zwei Schritten gearbeitet und zwar einleitend der Parken um 6 Uhr früh bis 3 Uhr nachmittags und von 12 bis 12 30 Uhr nach.

Die alten und kostbaren Möbel werden besonders eingehend und sorgfältig. Gleichwohl wird der Bestand durch Pferdegeschosse abgenommen.

Demnach eine jüngere Kochgeschäfte kontrahieren zur Tasse und Schüssel des Kaiserfeldes, wählten die ein- und zweifelhafte Werke und haben Ansehliche von Beisitzern der Kaiserfeld.

Das Kaiserfeld zeigt sich nicht mit abgetragenen, in die Straße nach hinten. Ohne Zweifel wird das Kaiserfeld nach dem Abriss der in einigen Jahren ebenfalls in den zu errichtenden Kaiserhofes mit einbezogen werden.

Das Kaiserfeld verläßt mit hiesigen Jahren den Fortschritt der Arbeiter und wird sich nach dem Kaiserfeld, bevor es an den Abriss und Errichtung der Kaiserhofes.

Seit dem Bestehen des Kaiserfeldes hat der Kaiserhofes ein anderes Gesicht bekommen. Er wird abgetragenen wird, um ein- und zweifelhafte Werke zu zeigen, die Kaiserfeld nach der Demontage- und Errichtung.

Seit dem Bestehen des Kaiserfeldes hat der Kaiserhofes ein anderes Gesicht bekommen. Er wird abgetragenen wird, um ein- und zweifelhafte Werke zu zeigen, die Kaiserfeld nach der Demontage- und Errichtung.

Seit dem Bestehen des Kaiserfeldes hat der Kaiserhofes ein anderes Gesicht bekommen. Er wird abgetragenen wird, um ein- und zweifelhafte Werke zu zeigen, die Kaiserfeld nach der Demontage- und Errichtung.

Der Platz, den die kaiserliche Hoheit zu den Reuen gewöhnlich wählt, ist auf dem Glacis vor dem Schloß im Osten, wo sich das Monument des Generals Lauenhagen befindet; an der Einmündung dieses Platzes wird mit vieler Tätigkeit gearbeitet, ohne jedoch dem gedachten Monumente den geringsten Schaden zuzufügen; und Er. kaiserliche Hoheit haben geruht, diesem Platz, welcher nach Beendigung der völligen Einmündung schon werden wird, aus Achtung gegen die Verdienste des Generals Lauenhagen den Namen Lauenhagenplatz beizulegen.

Das Bürgerliche Brauhaus nicht im Bürgerblode.

Man schreibt uns:

In der Breslauer Bevölkerung sind falsche Gerüchte verbreitet, die die Belegschaft des Bürgerlichen Brauhauses, Breslau, Aktiengesellschaft schädigen und dahingehen, daß die Firma an dem Wirtschaftsausschuß für kommunale Angelegenheiten beteiligt wäre und für jeden Kopf dem Angestellten und Arbeiter 2,50 Mark zur Befämpfung der SPD. zähle.

Der Betriebsrat der Firma hat festgestellt, daß diese Behauptungen völlig unwahr sind. Die Bürgerliche Brauhaus, Breslau, Aktiengesellschaft gehört dem Arbeitgeberverband nicht an, vielmehr ist das Institut fast durchweg von freien Gewerbetreibenden gegründet worden, also im demokratischen Sinne. Die Firma zählt schon seit Jahren höhere über 1000. Die Belegschaft ist durchweg freigeberwirtschaftlich organisiert. Der Betriebsrat ist im Aufsichtsrat mit zwei Mitgliedern vertreten. Er mußte daher von dem fraglichen Beschluß Kenntnis haben, Auf Anfrage des Aufsichtsrats wurde die Erklärung erteilt, daß die Bürgerliche Brauhaus-Aktiengesellschaft in keiner Weise an dem Wirtschaftsausschuß für kommunale Angelegenheiten beteiligt ist.

Solidarisch handeln

werden Sonntag, den 6. Mai, der Arbeiter-Radio-Bund und die Monistische Gemeinde. Die Arbeitsgemeinschaft freigeiger Verbände darf am nächsten Sonntag, mittags 12 Uhr, eine freigeigerte Morgenfeier veranstalten. Die Monistische Gemeinde — als Mitglied der Arbeitsgemeinschaft — hat das Angebot des Arbeiter-Radio-Bundes angenommen, in ihrer Halle Grünstraße 14/16 diese Morgenfeier auch den Freidenkern zugänglich zu machen, die noch kein Radio besitzen. Zweifelslos wird die Veranstaltung unter den Freidenkern neue Freunde werden, die schon heute von der Arbeitsgemeinschaft freigeiger Verbände gebeten werden, sich dem Arbeiter-Radio-Bund anzuschließen. Wir bemerken hierzu, daß der Arbeiter-Radio-Bund das Verlangen der Freidenker auf Zulassung zum Rundfunk auf lebhafteste gefördert hat. Unabhängig von der persönlichen Einstellung der Radiobundesmitglieder kämpft der Bund für Gleichberechtigung aller kulturellen Strömungen. Im herbeistehenden Interesse ist der Besuch dieser Veranstaltung allen Arbeitern zu empfehlen. Also am 6. Mai, mittags 12 Uhr, auf nach der Vortragshalle Grünstraße 14/16! Die Veranstaltung wird pünktlich 12 Uhr beginnen und spätestens 12 Uhr 45 Minuten beendet sein.

Note Blusen.

Wir sind Freitag, 7 Uhr, an der „Volkswacht“, Kurstraße, und fahren mit dem Auto nach Obernitz.

* Schlesische Philharmonie. Das erste Synchron-Konzert der neu gegründeten schlesischen Philharmonie (120 Musiker) findet am Sonntag, den 13. Mai, vormittags 11,30 Uhr, unter Leitung von Generalmusikdirektor Erich Kleiber (Staatsoper Berlin) als Gast im großen Saale des Konzerthauses statt. Der Vorverkauf beginnt am Sonnabend, den 5. Mai, bei den Konzertdirektionen Hainauer und Hoppe.

* Regierungsbaumeister a. D. Hermann Wolfram, ehemals Begründer und Vorsitzender des schlesischen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe, der auch im Innungswesen eine Rolle spielte, ist am 1. Mai im 71. Lebensjahre gestorben.

* Bei dem Spielfest der Kinder am Nachmittag des 1. Mai sind auf der Spielwiese in Popelwitz ein Paar Kinderhühner abhanden gekommen. Da sie einem bedürftigen Arbeiterkinde gehören, bitten wir den Finder, sie im Parteisekretariat im Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17, oder bei Genossen Erich Kirischke, Neuborfstraße 58, bestimmt abzugeben.

* Pfänder-Versteigerung ist Donnerstag, den 10. Mai, vormittags 9 Uhr, beim Stadtmagistrat, Messergasse 9. In Betracht kommen rote Scheine bis Nr. 78 500, weiße Scheine bis Nr. 22 000. Verlängerungen werden nur bis zum 5. Mai angenommen. Vom 9. Mai, mittags 1 Uhr, ab bis zum 11. Mai, mittags 1 Uhr, ist das Leihhaus für Annahme und Ausgabe von Pfändern geschlossen.

* Variété Wappenhof. Die seit zwei Jahren im Konzerthaus Wappenhof unter der Direktion des Herrn Sagaller veranstalteten feierlichen Nachmittage haben im Laufe der Zeit bei der Breslauer Bevölkerung immer mehr Anklang gefunden und müssen zuletzt schon auf vier Nachmittage in jeder Woche ausgedehnt werden. Mit dem 1. Mai ist der Übergang zum Breslauer Garten- und Familien-Variété vollzogen worden. Die im Bau begriffene große Gartenbühne wird am 15. Mai ihrer Bestimmung übergeben. Für die erste Woche dieses Monats ist ein Programm aufgestellt, wie es bisher im Wappenhof noch nicht gegeben wurde. Es ist das Muster eines volkstümlichen Variété-Spielplanes, der an Abwechslung nichts zu wünschen übrig läßt und bei dem jeder Besucher auf seine Rechnung kommt.

* Von einem Personentransportwagen wurde am Mittwoch abend auf dem Ring vor dem Rathaus die radfahrende Stenotypistin Gertrud Finke, Andersenstraße 15, umgefahren und dabei erheblich verletzt. Sie mußte in das Allerheiligen-Hospital geschafft werden.

* Bei einem Zusammenstoß, der sich am Mittwoch abend zwischen einem Personentransportwagen und einem Radfahrer an der Ecke Viktorie- und Schwerinstraße ereignete, wurde der in der Adlerstraße 22 wohnende Lehrling Kurt Grischke vom Rade gehend. Er erlitt bei dem Sturz neben Hautabschürfungen auch einen Bruch der linken Handgelenke. Der Verunglückte mußte dem Wenzel-Hande-Krankenhaus zugeführt werden.

* Hilfsleiter Sprung auf einen fahrenden Wagen. Als am Mittwoch nachmittags der Arbeiter Robert Schilde, Lehngrubenstraße 7, in der Friedrich-Wilhelm-Straße auf einen fahrenden Radwagen aufsprungen versuchte, kam er zu Fall und geriet unter den Wagen, der ihm über den rechten Fuß fuhr, so daß er schwere Verletzungen erlitt und in das Allerheiligen-Hospital geschafft werden mußte.

Wasserstand

3. Mai	
Wasser	140
Rhein (Unter-Regel)	270
Wasser	140
Rhein (Unter-Regel)	270
Wasser	140
Rhein (Unter-Regel)	270

Kathreiners Malzkaffee

auf jeden Kaffeetisch!

Das Genfer Vorgeficht.

Ein Erfolg für den Achtstundentag. — Lehren für die Wahlen.

Das Kernstück der Ideenwelt des Weltföderaltages ist die Weltidee des Achtstundentages. Nicht nur das eine oder andere Industrie- und Handelsland, sondern die ganze moderne Weltwirtschaft beschäftigt sich heute mit der Achtstundentageidee. Jeder Stoß vorwärts oder rückwärts in dieser Frage löst an allen Ecken und Enden der modernen Industrie- und Handelsbewegungen aus. Kein Wunder, wenn der englische Angriff auf das Washingtoner Achtstundentageabkommen insofern einen scharfen Protest der gesamten Arbeiter-Internationale hervorrief. Der englische Angriff rief die Verhandlungen des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes, die dieser Tage in Genf stattgefunden haben, in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Der Angriff ist abgewehrt. Die Arbeiterklasse hat in Genf in einem scharfen Vorgeficht einen Erfolg davongetragen.

Nach nur einigen Tagen sah die Situation sehr besorgniserregend aus. Auf der Tagung der zwölfgliedrigen Reglements-Kommission (vier Regierungsvertreter, vier Arbeitnehmer, vier Arbeitgeber) in Paris, die ein genaues Verzeichnis in der Revisionsfrage festlegen sollte, wurden die Leitsätze des Amtes zugunsten von sechs Paragraphen verworfen, die die Möglichkeiten offen ließen, eine Konvention in ihren Prinzipien und all ihren Einzelheiten zur Diskussion und Abänderung zu stellen. Auf der Tagung des Verwaltungsrates zeigte sich aber plötzlich ein anderes Bild. Deutschland und Frankreich, beide nicht Mitglieder der Reglements-Kommission, erkannten, daß man zu weit gegangen war, und in dem nun einliegenden Ringen kam es zur Ernüchterung auch der vier Regierungsvertreter, die in der Reglements-Kommission mit den Arbeitgebern zusammengehalten hatten. So wurde schließlich ein Verzicht angenommen, das den Arbeitern Sicherungen dagegen bietet, daß eine Konvention auf dem Wege der Ratifizierung befristet wird. Mit diesem Verfahren ist der Kampf um die Bewahrung und Ausgestaltung des Achtstundentageabkommens im besonderen und der Konventionen im allgemeinen eine günstigere Plattform geschaffen worden. Es war danach nur eine Selbstverständlichkeit, daß der englische Regierungsvertreter seinen allgemeinen Revisionsantrag zurückzog. Will England ferner eine Revision des Achtstundentageabkommens, dann muß es genau angeben, welche Punkte ihm mißfallen. Der Verwaltungsrat als Ganzes hat dann darüber zu entscheiden, wie weit diese Punkte auf der Arbeitskonferenz zur Debatte gestellt werden.

Woher der Umschwung zwischen der Pariser und der Genfer Tagung? Die Lösung des Rätsels liegt in der frischen Frische der großen Wahlkampagne, die zurzeit durch Frankreich, Deutschland und zum Teil auch bereits durch England weht. Man kann sich den Eindruck nicht erwehren, daß die meisten Regierungsvertreter, vielfach Beamte der Arbeitsministerien, persönlich von der tatsächlichen Notwendigkeit des Achtstundentages überzeugt sind und für ihre Person durchaus bereit wären, eine vernünftige internationale soziale Gesetzgebung mit den Arbeitern zu machen — wenn ihre Regierungen es erlaubten. Die Wahlfrische hat manchen Kopf erheitert und allem Anschein nach hat sich auch der deutsche Regierungsvertreter mehr schon als Vertreter einer neuen deutschen Regierung gefühlt denn als Vertreter des Bürgerblocks. Es hat sich in Genf gezeigt, daß bedeutend mehr für die Arbeiter in den Tagungen des Verwaltungsrates und der Arbeitskonferenzen herauszuholen wäre, wenn ein entschiedener sozial eingestellter deutscher Regierungsvertreter für eine engere Fühlungnahme der Regierungsvertreter im allgemeinen mit der Arbeitnehmergeuppe wirken könnte.

Hieraus ergeben sich wichtige Lehren für die Wahlen. Ein sozial orientiertes Deutschland kann in Genf für die Arbeiterklasse etwas herausholen. Deshalb muß diese soziale Orientierung Deutschlands bei den Wahlen gesichert werden. Wir brauchen eine Regierung, die ihren Vertreter in Genf an die Seite der Arbeitnehmer stellt. Noch ist das große Ringen um das Washingtoner Achtstundentageabkommen nicht vorüber. Bei der Revisionsfrage dreht es sich ja auch nicht nur um das Achtstundentageabkommen — alle Konventionen der Konferenzen von Washington und Genua können 1930 nachgeprüft werden. Vieles von ihnen ist verbesserungsbedürftig, so zum Beispiel in den Fragen: Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft, Nachtarbeit der Frauen, Schutz gegen Bleiergiftung, Arbeitsbedingungen der Jugendlichen usw. Wenn die deutsche Arbeiterklasse auch nur einigermaßen eine Ahnung davon hätte, wie sehr der Ausgang der kommenden Wahlen auch entscheidend ist für den weiteren Fortschritt der internationalen Sozialpolitik, die doch ihre Lebensinteressen aufs unmittelbarste berührt, dann würde sie bis zum letzten Mann am 20. Mai ihre Stimme der Sozialdemokratie geben.

Ausdehnung des Rheinschiffertreits.

Solidaritätstreit der Hafenarbeiter.

Duisburg, 2. Mai. Die Hafenarbeiter im Rheinhafen haben heute nachmittags beschlossen, in den Solidaritätstreit zu treten und keine deutschen Schiffe mehr zu laden und zu löschen. Sie fordern auch bei ausländischen Schiffen den Nachweis, daß keine deutschen Firmen an ihnen beteiligt sind, so daß mit der Stilllegung des Hafenbetriebes zu rechnen ist.

Neues Schlichtungsverfahren im sächsischen Metallkonflikt.

Am 1. Mai wird mitgeteilt: In den Lohnstreitigkeiten im sächsischen Metallindustrie hat der Reichsarbeitsminister im öffentlichen Interesse ein neues Schlichtungsverfahren angeleitet. Die Verhandlungen finden am 4. Mai, vormittags 10 Uhr, im Reichsarbeitsministerium statt. Der Streit um die Erneuerung des Manteltarifs hat durch Verbindlichkeitsklärung des Schiedsgerichts vom 24. März seine Erledigung gefunden.

Beiderseitige Annahme des Schiedspruches im sächsischen Steintohlenbergbau.

Für den sächsischen Steintohlenbergbau wurde folgender Schiedspruch gefällt: Der Grundlohn wird um 7 Prozent erhöht, so daß sich die Lohnzahlung auf die im März 1928 erreichten Durchschnittswerte der einzelnen Gruppen voll auswirkt. Demzufolge wird der Grundlohn für die Arbeiter unter Tage im Alter von 24 Jahren und darüber auf 3,80 Mark, für die übrigen Arbeiterklassen im entsprechenden Verhältnis erhöht. Der Mindestlohn (Lohnklasse 9) beträgt je Schicht 6,30 Mark. Der Lohn der Vollwaller soll bei normaler Leistung im Durchschnitt des gesamten Tarifgebietes 7,60 Mark betragen. Die Zuschläge bleiben wie bisher bestehen.

Diese Regelung soll ab 1. Mai 1928 bis auf weiteres und mit beiderseitiger Kündigung, spätestens für den 30. April 1929, kündbar sein. Die Funktionen des Bergarbeiterverbandes im sächsischen Grund haben den Schiedspruch angenommen. Dasselbe ist von den übrigen sächsischen Bergarbeitern zu erwarten.

Den Schiedspruch für den sächsischen Kohlenbergbau haben jetzt auch die Arbeitgeber angenommen. Der Schiedspruch war zunächst von den Arbeitgebern abgelehnt worden, die Arbeitnehmer hatten ihn angenommen und Verbindlichkeitsklärung beantragt. Bei den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium stellte sich

heraus, daß eine Entscheidung über die Verbindlichkeitsklärung nicht vor dem 3. Mai erfolgen konnte. Daraufhin nahmen die Arbeitgeber den Schiedspruch mit dem Hinweis, einen tariflosen Zustand zu verhindern, an, allerdings unter dem Vorbehalt der Bewilligung der Kohlenpreiserhöhung. Für die Arbeitgeber ist natürlich der wahre Grund für die Annahme des Schiedspruches nicht etwa in einem dreitägigen tariflosen Zustand zu suchen, sondern darin, daß die Herrschaften inzwischen etwas davon läuten gehört haben, daß die verlangte Kohlenpreiserhöhung vom Reichshofrat bewilligt werde.

Schiedspruch für die Mannheimer Angestellten.

In dem Konflikt der Mannheimer Angestelltenorganisationen mit den Arbeitgebern hat am Mittwoch die freiwillige Schlichtungsstelle einen Schiedspruch gefällt, der die Arbeitszeit auf 48 Stunden festlegt und die Mehrarbeit bis zu 54 Stunden festsetzt. Der Höchstarbeitstag von bisher 18 Tagen wurde auf 21 Tage erhöht. Die Gehaltsregelung sieht im allgemeinen eine Erhöhung des Tarifgehalts von 8 bis 10 Prozent vor. Die Jugendlichen und Lehrlinge erhalten eine Erhöhung von durchschnittlich 20 Prozent. Von dem Schiedspruch werden sämtliche Mannheimer kaufmännischen und technischen Angestellten betroffen.

Rationalisierung in der Landwirtschaft.

Uns wird aus Berlin geschrieben: Den vom 33. Reichstagsauschuß und vom Reichsrat in den letzten Tagen angenommenen Richtlinien über die Durchführung des landwirtschaftlichen Reformprogramms kommt trotz ihrer vielen, offensichtlich Mängel wirtschaftsgeschichtliche Bedeutung zu. Sie enthalten das wirtschaftstechnische Umstellungsprogramm der deutschen Landwirtschaft und geben das Signal zu einer allgemeinen landwirtschaftlichen Rationalisierung. Auf Grund der Richtlinien können wir uns ungefähr ein Bild machen, wie die Rationalisierung in der deutschen Landwirtschaft verlaufen wird. Im großen und ganzen handelt es sich um die Übertragung von Grundrissen, die in der industriellen Umstellung erprobt worden sind, auf die landwirtschaftliche Produktion. Der landwirtschaftliche Prozeß der Umstellung ähnelt so sehr dem industriellen Prozeß, daß vielfach nur verschiedene Namen denselben Begriff bezeichnen, wie unsere Gegenüberstellung zeigt.

Hauptstufen der Umstellung	
Industrie	Landwirtschaft
Mechanisierung	Vermehrte Maschinenverwendung, Elektrifizierung usw.
Typisierung	Standardisierung
Konzentration	Bereinigung des Genossenschaftswesens, der Absatzorganisationen usw.
Kapitalzusammenlegung	Umschulung, Zinsverbilligung, Schuldennachlaß, Afforde usw.

Die ganze Umwälzung wird hoffentlich sehr bald in dem „gestempelten“ Frische, dessen Gewicht und Beschaffenheit genau festgelegt ist, in vermehrter Erzeugung deutschen Frischgemüses, die unsere Lebensmittelbilanz entlastet, in Milch- und Molkeerzeugnissen, in der krebsfesten Speisefartoffel, in der Vorhiebung der Weizengrenze in Gebieten, die bisher nur den Roggenanbau kannten, und in anderen Dingen mehr in Erscheinung treten. Ob die landwirtschaftliche Rationalisierung besondere Arbeitsverfahren bzw. Methoden entwickeln wird, wie das die Industrie zum Beispiel in der Fließarbeit getan hat, kann natürlich jetzt noch nicht gesagt werden. Die Wahrscheinlichkeit dafür ist aber sehr groß, denn recht viele Arbeitsrichtungen der Landwirtschaft, unter anderem das Glasraufen, beweisen, daß gekoppelte Arbeit in der Art des Fließverfahrens seit alters her üblich ist. Wenn Ansehen nach wird der landwirtschaftliche Arbeiter in Deutschland eher in den Genuß der guten Seiten der Rationalisierung kommen, als das bei seinen Kollegen in der Industrie der Fall war. Mit einer vermehrten Anwendung der Maschine im landwirtschaftlichen Produktionsprozeß wird ohne Zweifel eine Steigerung der Nominal- und Reallohne verbunden sein. Die Rationalisierung wird auch mit dem bisherigen Anflug Schluß machen, alljährlich Hunderttausende von polnischen Landarbeitern nach Deutschland zu importieren, obwohl wir selbst einen Ueberfluß an Arbeitskraft in Gänze haben. Dabei ist es allerdings fraglich, ob wir den ausländischen Saisonarbeiter ganz entbehren können, denn die intensivierte landwirtschaftliche Produktion erfordert selbstverständlich größeren Einfluß an menschlicher Arbeitskraft als die extensive Landwirtschaft. So erhebt sich zum Beispiel der gärtnerische Betrieb auf die Einheit des bearbeiteten Bodens einen viermal so großen Einfluß an Muskelkraft als der bisherige landwirtschaftliche Betrieb. Die Übertragung der Intensivmethode aus der Gärtnerei und der Industrie auf die Landwirtschaft dürfte aber Arbeitsmöglichkeiten in stärkstem Maße schaffen, die dadurch charakterisiert werden, daß der Pferdewagen zum Maschinisten und Chauffeur wird.

Angehts der Erfolge der industriellen Rationalisierung, die selbst höchste Erwartungen der Optimisten übertraffen haben, hört man immer wieder die Frage, wann werden sich die Auswirkungen der landwirtschaftlichen Umstellung in unserer Wirtschaft bemerkbar machen? Man ist geneigt anzunehmen, daß sich der Prozeß in der Landwirtschaft viel schleppender und langsamer vollziehen wird als in der Industrie, weil die Landwirtschaft schließlich nur einmal im Jahre erntet. Diese Einwendungen gehen völlig fehl. Wichtig ist ja, daß die Industrie das morgen schon verkaufen kann, was sie heute in Reihen und Serien herstellt. Aber in der Landwirtschaft liegen doch die Dinge kaum anders. Der Verkauf von Milch, Eiern, Gemüse usw. ist ein ausgeprochenes Kassageschäft. In dem Maße, wie sich die Standardisierung durchsetzt, wird sich die Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe auf diesem Kassageschäft aufbauen. Der Abzug von Eiern, Milch usw. wird für den ganzen Betrieb von viel größerer Bedeutung sein als früher. Allerdings hat der Landwirt nur einmal im Jahre eine Körnerernte. Für diese Ernte bekommt er jedoch sofort Geld, während die Industrie in der Regel ihre großen Aufträge zwei und drei und oftmals vier und fünf Jahre kreditieren muß. Die Voraussetzungen für das Gelingen der landwirtschaftlichen Rationalisierung liegen im großen und ganzen nicht ungünstiger als in der Industrie. Wir dürfen jedoch kaum damit rechnen, daß sich die landwirtschaftliche Rationalisierung in demselben ungeheuren Tempo vollzieht wie die industrielle Umstellung. Die industrielle Rationalisierung konnte auf ein vorzügliches Menschenmaterial, den deutschen Techniker und den deutschen Facharbeiter, zurückgreifen. Diese Voraussetzungen fehlen leider in der Landwirtschaft, weil infolge Mangels an guten landwirtschaftlichen Schulen eine entsprechende Ausbildung des Menschenmaterials nicht vorhanden ist. Wir haben bis jetzt den neuen Typus von landwirtschaftlichen Arbeiter und Angestellten, der Techniker ist, nicht entwickeln können. Hier ist vieles nachzuholen. Das Programm der landwirtschaftlichen Rationalisierung muß durch ein landwirtschaftliches Schulprogramm ergänzt werden.

Für die Einführung von Motoren und Traktoren usw. sind die auf Abgeben von den Krediten für Geld- und Grundbesitz, der Grund der Kreditieren zur Verfügung gestellten Gelder des Staates zum ersten Male im anspruchsvollen Sinne darzulegen. Die ausschließliche der Rationalisierung dienen sollen. Mit dem System, öffentliche Gelder zu verschleudern, an und für sich

Schiedspruch für die schlesische Textilindustrie.

Die Schlichterkammer in Breslau hätte gestern im Lohnstreit der schlesischen Textilindustrie einen Schiedspruch, der eine Erhöhung aller Tariflohnsätze um 15 Prozent vorsieht. Zur Stunde beraten die Vertreter des Textilarbeiterverbandes über das Ergebnis des Schiedspruches. Näherer Bericht folgt morgen.

Der Frankfurter Straßenbahnstreik

dauert fort. Die Arbeitnehmer sind zu einer Einigung bereit, die Arbeitgeber haben jedoch die Entscheidung des Reichsarbeitsministers angerufen. Da dieser „wegen Ueberlastung“ die Parteien erst für Freitag mittag zu Verhandlungen nach Berlin geladen hat und die Streikfront unvermindert und unerlöschter besteht, so kann frühestens am Sonnabend mit der Wiederaufnahme des Straßenbahnverkehrs gerechnet werden. Aus der Umgebung Frankfurts sind inzwischen alle freien Autos, Lastwagen und anderen Fahrzeuge zur Aufrechterhaltung des Stadtverkehrs herbeigezogen worden.

Frankfurt am Main, 2. Mai. (Eigener Drahtbericht). Der von der Bezirksschiedsstelle für die Lohnforderungen der Gemeindearbeit gefällte Schiedspruch ist bei der Abstimmung von den Arbeitgebern des Rhein-Mainischen Bezirks mit überwältigender Mehrheit abgelehnt worden. Infolgedessen wird am 8. Mai die Zentralschiedsstelle in Berlin zu dem Schiedspruch Stellung nehmen.

bankrotte Betriebe noch eine Zeit lang über Wasser zu halten, ist geboten worden. Wenn es nach dem Wunsch des deutschen nationalen Ernährungsministers Schiele und des Reichs-Landbundes gegangen wäre, so hätte man auch dieses Mal wieder den bankrotten Großgrundbesitz subventioniert und für die Rationalisierung hätte man nichts getan. Durch das Eintreten der Sozialdemokratie für den Gedanken der Rationalisierung, insbesondere infolge der unerwarteten Stellungnahme der preussischen Regierung ist das verhindert worden. Auf Grund der in der vorigen Woche festgelegten Beschlüsse des 33. Reichstagsauschusses und des Reichsrates haben wir die Gewähr, die landwirtschaftliche Rationalisierung wenigstens in etwas gesichert zu haben. Der deutsche Landwirt muß sich aber jetzt mit dem Gedanken vertraut machen, daß die Kraft des Staates, weitere Darlehen zur Verfügung zu stellen, ihr Ende erreicht hat. Die Landwirtschaft ist hinfür auf sich selbst angewiesen. Wer im Umstellungsprozeß verlagert, kann nur als Opfer der Umwälzung bezeichnet werden, die es ja auch in der industriellen Umstellung gegeben hat. Das klingt vielleicht hart. Die Landwirtschaft wird aber schon nach kurzer Zeit den Leuten dank wissen, die in den kritischen Monaten, die nun hinter uns liegen, den Mut zur Wahrheit aufgebracht haben.

Leicht war der Kampf um die Rationalisierung nicht. Die Deutschnationalen versuchten noch bis zum letzten Augenblick Krampfhaft, an der Subventionspolitik festzuhalten. Für den Augenblick ist es ja auch bequemer, sich von einer geizigen Reichstagsmehrheit höhere Agrarzölle bewilligen zu lassen und zu Hause auf den Gütern unrationell zu wirtschaften. Die Ueberlegung der Agrarzölle jedoch, die Abdröselung jeder Einfuhr von außen, das vom Reichslandbund entwickelte Programm der Autarkie, hätten unser Wirtschaftsleben zerlähnt. Mit der Autarkie, mit der Beschränkung unserer Wirtschaftstätigkeit auf den Binnenmarkt, hätte Deutschland seine Rolle als Industrie- und Handelsstaat aufgegeben und seine Arbeitsmärkte in unheimlicher Weise in Unordnung gebracht. Die Rationalisierung der Landwirtschaft bedeutet Bruch mit diesen utopischen Plänen des Großadels und seines wirtschaftlichen und politischen Anhangs. Dieser Schritt Deutschlands wird auf das Ausland in ähnlicher Weise wirken wie die industrielle Umstellung. Er zeugt vor allem gegen den bedenklichen Ueberprotektionismus und er wird zeigen, daß Deutschland mit seiner furchtbaren Agrarkrise ohne Erhöhung der Agrarzölle fertig werden konnte. Für unsere Handelsvertragspolitik ist das ein Aktivismus, das nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Die Krise in der schlesischen Mühlenindustrie.

Wir haben kürzlich über das Unverständnis berichtet, das das Reichsernährungsministerium gegenüber der Lage der schlesischen Mühlen zeigt, und über die Starrköpfigkeit des Ministeriums in der Frage der zeitweisen Aufhebung der Einfuhrsperre für Roggen. Wir haben dabei mitgeteilt, daß bereits eine ganze Reihe von Stilllegungsanträgen schlesischer Mühlen vorliegen, weil die Mühlen infolge der durch die Einfuhrsperre künstlich erzeugten starken Roggenausfuhr aus Schlefien nach Polen für die Mühlen Beschäftigung fehlt. Es kann uns deshalb nicht überraschen, daß nunmehr gemeldet wird, daß bei den zuständigen Regierungsstellen jetzt bereits 49 Stilllegungsanzeigen aus Ober- und Niederschlesien vorliegen. Wie notwendig die zeitweise Aufhebung der Einfuhrsperre für Roggen ist, ergibt sich auch daraus, daß dieselben Klagen jetzt auch aus der pommerischen Mühlenindustrie kommen. Auch aus Pommern ist infolge der Einfuhrsperre insbesondere nach Polen hin eine künstliche Roggenausfuhr in Gang gekommen, die ebenso wie den schlesischen, auch den pommerischen Mühlen die Beschäftigung raubt. Trotzdem hat auch das Reichsernährungsministerium nicht veranlaßt, in der Frage der Roggenimportzölle nachzugeben. Endlich dauert die Preissteigerung für Roggen in Deutschland infolge dieser künstlichen Roggenausfuhr weiter fort. Sie hat allmählich ein solches Maß angenommen, daß in der deutschen Roggenverarbeitung sich immer mehr geradezu ein Notstand herauszubilden beginnt.

Dieselbe Erscheinung ist in den letzten Wochen übrigens auch auf dem Weizenmarkt zu beobachten. Auch hier ist aus dem gleichen Grunde, nämlich infolge der Weizenimportzölle, das Ingangkommen einer künstlichen Weizenausfuhr und Hand damit ein starkes Ansehen der Weizenpreise zu beobachten, so daß also den schlesischen bzw. den pommerischen Mühlen neben dem Roggen sogar noch der Weizen entzogen wird und die Beschäftigung der Mühlen noch weiter sinkt. Trotdem steht das Reichsernährungsministerium immer noch unbewegt dieser Entwicklung zu.

Reichsbankausweis vom 30. April

Wie aus dem Reichsbankausweis vom 30. April (U 11 m) hervorgeht, haben sich die Anforderungen der Wirtschaft an den Kredit der Bank in der Klimawoche abwärts bewegt. Der Kredit der Bank ist in der Klimawoche abwärts um 22,1 Millionen Mark auf 2600,6 Millionen Mark. Die Bestände an Wechseln und Schecks allein haben um 457,3 Millionen Mark auf 2422,9 Millionen Mark abgenommen. Die fremden Gelder verringerten sich um 113,2 Millionen Mark auf 557,9 Millionen Mark.

Die Bestände an Gold weist die Bank mit 240,9 Millionen Mark aus. Die Bestände an bedienungsfähigen Devisen mit 167,7 Millionen Mark aus. Gegenüber der Vorwoche ergibt sich eine Verringerung des Devisenbestandes um 1,5 Millionen Mark. Das Konto „Sachliche Anlagen“ auf dem die Reichsbank auch Devisen aufweist, zeigt aber eine Steigerung um 48,8 Millionen Mark. Der Goldbestand hat sich gegenüber der Vorwoche um 1,1 Millionen Mark auf 16,8 Millionen Mark erhöht. Die Zahlung der Noten und der Wechsel weist eine Verringerung um 1,2 Millionen Mark auf 2,8 Millionen Mark auf. Die Zahlung der Schecks weist eine Verringerung um 1,2 Millionen Mark auf 1,2 Millionen Mark auf.

Die „Italia“ gestartet.

Das Polarluftschiff „Italia“ ist heute Donnerstag um 11 Uhr morgens vom Seddiner Luftschiffhafen aus zum Flug nach Spitzbergen gestartet.

Verheerender Zyklon über Bulgarien.

Sofia, 2. Mai. Gestern nachmittag wurde die vom bulgarischen Erdbebengebiet 50 Kilometer entfernte Stadt Stara Zagora von einem aus der Richtung Rußland kommenden Zyklon schwer heimgesucht. Eine Anzahl Häuser wurden zerstört, viele Dächer abgedeckt und weit in die Luft geschleudert. Fünfzig Leute sollen verwundet worden sein. Ueber die Anzahl der Todesopfer ist noch nichts bekannt. Der Zyklon war von starkem unterirdischen Rollen begleitet. Die telephonische Verbindung zwischen Stara Zagora und Rußland ist unterbrochen.

Der Zyklon war etwa 200 Meter breit und entwickelte eine Geschwindigkeit von 100 Stundenkilometern. In Rußland ist in großer Teil der Dächer abgedeckt worden. Wolkenbrüche und starker Hagel vernichteten in einem Teil der Stadt alle Fensterläden. Die niedriger gelegenen Häuser standen einen halben Meter unter Wasser. Auf den Donauschiffen brach eine Panik aus, da die Schiffe sich von den Tauen lösten und abwärts trieben. Die größte Gewalt erreichte der Zyklon in Stara Zagora. Die Bevölkerung dieser Stadt ist ohne Obdach, da die Baracken und Zelte sämtlich vernichtet worden sind. Die in den letzten Jahren Archiva der Verwaltung sind in alle Winde verstreut worden. Verletzt wurden 60 Personen, darunter einige sehr schwer. Eine Anzahl Häuser, die infolge des Erdbebens gebröckelt waren, sind nun ganz eingestürzt. Die Stadt und Umgebung ist ohne Licht, da alle Lichtmasten und Telegraphenstangen durch den Zyklon entwirrt wurden. Der Zyklon verschwand in südlicher Richtung. Aus vielen Teilen des Landes werden schwere Hagelstürme, Wolkenbrüche und sinkende Temperaturen gemeldet.

Ein Riesenwaldbrand.

Dreitausend Morgen vernichtet.

Gestern brach in der Teufelsheide an der Landstraße Kleinig-Zippnow auf bisher unaufgeklärte Weise ein Brand aus, durch den der Wald in einer Breite von etwa 4 Kilometern und einer Tiefe von etwa 10 Kilometern vernichtet wurde. Die Flammen sind nach vorläufiger Schätzung etwa dreitausend Morgen Wald zum Opfer gefallen. Durch den Sturm entfacht, griffen die Flammen über die Kreisgrenze in den Deutsch-Kroner Wald des Militärforstus bei Zippnow über. Dieser Teil des Waldes brennt noch.

Acht Personen ertrunken.

Auf dem Monongehala-Fluß in Pennsylvania stieß ein kleines Jachtboot mit neun Personen an Bord mit einem treibenden Baumstamm zusammen und kenterte. Acht Passagiere ertranken.

Motorrad gegen Straßenbahn.

Ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem mit zwei Personen besetzten Motorrad und einem Straßenbahnzug ereignete sich im Döberitz bei Berlin an der Kreuzung der Paul-Singer- und Krautstraße. Als das Motorrad aus der Krautstraße kam, näherte sich in der Paul-Singer-Straße mit großer Geschwindigkeit ein Triebwagen mit Anhänger der Straßenbahnlinie 76. Der Führer der Straßenbahn bremste mit aller Kraft. Das Unglück war jedoch nicht mehr aufzuhalten. Beide Fahrzeuge kollidierten zusammen. Der Führer des Motorrades, der 32 Jahre alte Hans Nitschke, erlitt schwere Verletzungen; seine Frau land auf der Straße und mußte das Unglück mit ansehen. Der Begleiter Nitschkes, der 61 Jahre alte Karl Bräsege, wurde schwer verletzt, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Mitgegangen — mitgegangen.

In einem mündlichen Haftprüfungsverfahren hat die zuständige Berliner Strafkammer den Haftbefehl gegen den Kaufmann Loos bestätigt. Loos war dieser Tage unter dem Verdacht der Beihilfe an dem Attentat des Farmers Langkopp auf den Vizepräsidenten des Reichsentwärtungsamtes, Geheimrat Bach, verhaftet worden.

Heberfall bei Eberswalde.

Ein frecher Raubüberfall wurde in den frühen Morgenstunden des Mittwoch bei Berlin-Eberswalde verübt. Ein maskierter Räuber drang in eine Papierfabrik in Wolfshagen bei Eberswalde ein und zwang mit vorgehaltener Pistole den Direktor Schmidt, sein gesamtes Bargeld herauszugeben. Der Räuber ist unerkannt entkommen.

Ein schreckliches Familiendrama.

Das zwei Menschenleben forderte, ereignete sich am Abend des 1. Mai in Nieder-Hartmannsdorf bei Sagan in der Wohnung einer Frau Groß. Der Glasmacher Stante aus Lebusitz, der mit einer Tochter der Frau Groß verheiratet war und geschieden ist, drang in die Großsiche Wohnung ein, wo es zwischen dem geschiedenen Ehepaar zu einem Streit kam. Als die Frau mit ihrer Mutter und dem kleinen Sohn die Wohnung verlassen wollte, wurde sie von Stante erschossen. Ein zweiter Schuß traf das Kind, das schwer verletzt wurde. Darauf erschoss Stante selbst.

Mordversuch und Selbstmord.

In Pechlingen bei Osnabrück wurde in der Nacht zum Mittwoch ein Hofbesitzer von seinem Neffen, der zugleich ein Erbe ist, überfallen. Der Neffe streckte seinen Onkel mit zwei Revolverkugeln und einem Bauhaken zu Boden, dann schlug er mit einer Peite auf sein wehrloses Opfer ein. Man fand den Täter am Morgen mit einer Schußwunde im Kopf im nahen Walde tot auf.

Das erste Kaketenzug.

Die Raab-Ragensteinwerke in Kassel planen zusammen mit den Opel-Werken den Bau eines Kaketenzuges. Es wird dazu die Flugzeugtypen R. K. 9 Grasso verwendet werden. Dieser Leichtflugzeug wiegt nur 50 Kilogramm und wird nach Angaben des Chefpiloten Raab mit dem der Vertrag für den ersten Kaketenzug abgeschlossen wurde, durch den Kaketeneinbau im Gewicht nicht behindert werden. Es handelt sich bei dem Bau dieses Kaketenzuges um den ersten Schritt zur Verwirklichung des Kaketenzuges nach dem System Sander-Opel. Mit seinem Bau soll schon in diesen Tagen begonnen werden. Die Kaketenanlage soll an Stelle des Motors zwischen den Tragflächen zu beiden Seiten des Rumpfes eingebaut werden. Der Kaketenzug führt einen besonders konstruierten Kaketin mit dem Kaketinapparat in Kasselheim eingebaut werden.

Die „staatsgefährliche“ Trauerkleidung.



Die faschistischen Behörden in Mailand haben der Witwe des ermordeten Sozialistenführers Matteotti untersagt, noch weiterhin um ihren Gatten Trauerkleidung zu tragen, da sie hierdurch die öffentliche Ordnung gefährde. — Im Bilde: Frau Matteotti mit ihren Kindern.

Silbe Scheller und die Pompadour.

Die Kronzeugin im Berliner Schülermordprozess, Silbe Scheller, stand dieser Tage im Mittelpunkt eines Zivilprozesses, den ihre Eltern angestrengt hatten. In den Tagen des Kronprozesses gab das Große Schauspielhaus in Berlin die Operette „Madame Pompadour“. Der in der Aufführung mitwirkende Komiker Wilhelm Bendow machte in jenen Tagen auf der Bühne eine aktuelle Anspielung, indem er von der Pompadour sagte, daß sie sich sehr frei benehme. Silbe Scheller wäre nichts dagegen. Fräulein Scheller fühlte sich durch diese Bemerkung persönlich herabgesetzt und erwirkte eine gerichtliche Verfügung, die Bendow und der Direktion des Theaters eine weitere Heranziehung ihrer Person mit jener Anspielung verbot. Bendow unterwarf sich der einstweiligen Verfügung. Jetzt schwebt noch ein Streit wegen der Kosten des Verfahrens. Das Berliner Landgericht hat am Mittwoch entschieden, daß die Direktion des Großen Schauspielhauses und Bendow die Kosten des Verfahrens zu tragen haben.

Vater und Kind in einem Treppenhaus abgestürzt.

In einem Hause in der Bankstraße in Hamburg stürzte Dienstag ein Eisenbahner mit seinem dreijährigen Töchterchen auf dem Arm vom Stockwerk über das Treppengeländer in den Nichts. Vater und Kind erlitten schwere Verletzungen und mußten in beunruhigendem Zustande in ein Krankenhaus gebracht werden.

Doppel-Selbstmord eines Kaufmanns-Ehepaares.

Der Kaufmann Fritz Teutobert und seine Frau aus Elze haben durch Erhängen Selbstmord verübt.

In der Badewanne ertrunken aufgefunden

wurde in einer Pension in Potsdam die 79jährige Witwe Gertrud von Kamin. Es steht noch nicht fest, ob es sich um einen Unfall oder um Selbstmord handelt. Irgeendwelche Motive für eine Verzweiflungsstat sind nicht bekannt.

Grubenunfall bei Gießen.

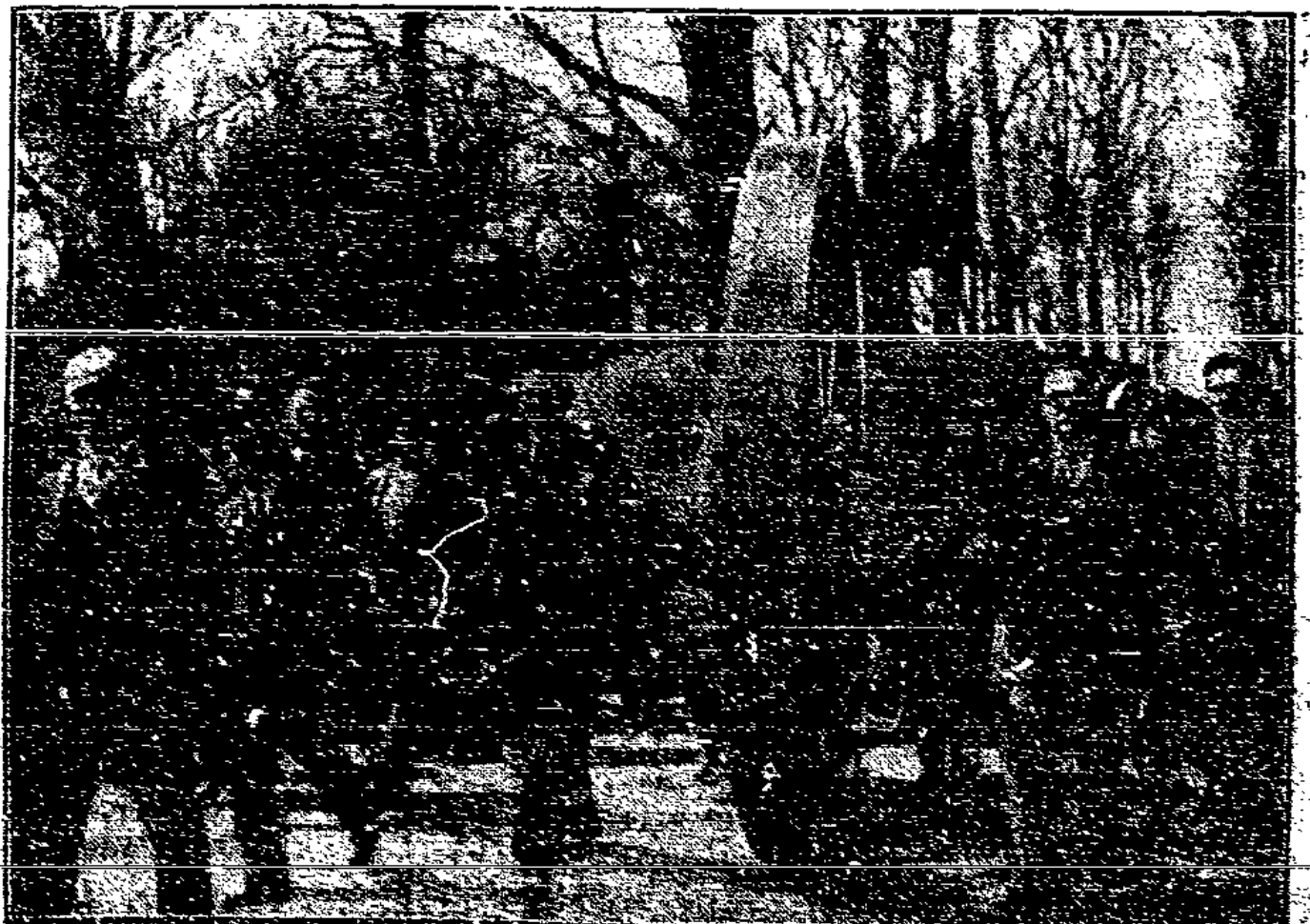
Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich im Bergwerksbetrieb der Gebrüder Stummischen Bergwerksverwaltung in Bieber bei Gießen. Ein Förderkorb blieb während der Fahrt plötzlich stehen, die Maschine arbeitete jedoch weiter. Der Korb sank dann etwa 4 Meter tief hinab, wodurch einer der vier Insassen aus dem Förderkorb herausgeschleudert wurde und 50 Meter tief abstürzte. Der Tod des Bauernswerten trat auf der Stelle ein. Ein zweiter Bergarbeiter erlitt eine schwere Verletzung der Wirbelsäule.

Tödliche Unfälle in Leipzig.

Am Sonntag haben sich in Leipzig zwei tödliche Unfälle ereignet. Um 18,15 Uhr stürzte auf dem Flugplatz Mockau eine Flugmaschine ab, wobei ein Fluggast tödlich verletzt wurde. Am Nachmittag ist in der Nähe von Espenhain ein Radfahrer von einem Kraftfahrer angefahren worden. Er starb kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus.

Maisfeier in Berlin.

Das Symbol der Eisenbahnergewerkschaften im Festzuge: ein riesenhaftes, geflügeltes Rad.



Zehn Jahre Zuchthaus für einen bestialischen Mordversuch.

Das Hamburger Schwurgericht verurteilte den 21 Jahre alten Dreher Karl Buchmann wegen verübten Mordes und vollendeten Raubes zu 10 Jahren und einer Woche Zuchthaus. Buchmann hatte am 3. Dezember v. J. die Händlerin Wolff in Barbeck in bestialischer Weise mit einem Bleitrohr niedergeschlagen und dann die Baretasche geraubt. Er war dann flüchtig geworden, konnte aber bald wieder eingefangen werden. Aus der jetzt stattgefundenen Verhandlung ergab sich, daß Buchmann die Tat mit voller Ueberlegung begangen hat. Nach dem ärztlichen Sachverständigen-Gutachten hat Frau Wolff 19 Wunden auf dem Kopf gehabt.

Großfeuer im Augsburgener Chamottewerk.

In den Chamottewerken in Wering bei Augsburg brach Sonntag früh ein Großfeuer aus, das sehr rasch um sich griff und das ganze Gebäude in Schutt und Asche legte. Die Brandursache ist noch völlig ungeklärt. Das Chamottewerk G. m. b. H. befaßte sich mit der Herstellung von feuerfesteren Chamottesteinen für das In- und Ausland. Der Schaden ist sehr groß, dürfte aber durch Versicherung gedeckt sein.

Tödlicher Unfall beim Kossittener Segelflug.

In Kossitten auf der Kurischen Nehrung ereignete sich bei der Segelfliegerschule ein schwerer Unglücksfall. Der Student der akademischen Fliegerstaffel Breukens von der Königsberger Universität Schröder, Sohn eines Direktors in Flensburg, fiel mit seiner Segelflugmaschine gegen den Steilhang eines Berges und verunglückte tödlich.

Schwerer Autounfall.

Auf einer aufgeweichten Landstraße bei Neuhagen des Auto des Düsseldorfener Zahnarztes Dr. Franz Kames ins Schleudern und prallte gegen einen Baum. Die Frau des Zahnarztes wurde getötet; er selbst und sein Bruder, der Berliner Chefredakteur Alfred Kames, wurden leicht verletzt.

Schwere Unwetter am Rhein.

Am ganzen Mittelrhein gingen am Sonntag abend schwere Gewitter begleitet von wolkenbruchartigem Regen und heftigem Sturm nieder. Die Baumbäume sind fast vollständig vernichtet. Die Landstraßen sind weitgehend überflutet. Besonders schwer heimgesucht wurden die Ortschaften auf der rechten Rheinstseite. Dort standen die Wassermassen fußhoch in den Straßen, so daß der Straßenverkehr zeitweise eingestellt werden mußte. Bei Bacharach ereignete sich ein Erdbeben, der den Eisenbahnkörper verschüttete, wobei die Züge erhebliche Verspätungen erlitten. In Rheinbrühl wurde eine große Wehrranlage durch den Wolkenbruch abgeschwemmt. Umweil Rheinbrühl erlitt der nach Köln führende D-Zug D 57 anscheinend durch das Unwetter einen Unfall. Der Tender des D-Zuges sprang aus dem Gleis, wodurch er und die nachfolgenden Packwagen ineinander geschoben wurden. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Eine von Neuwied kommende Hilfsmaschine konnte nicht an die Unfallstelle herankommen, da die Gleise vollkommen verschlammmt waren. Erst am Mittwoch konnte ein Gleis notdürftig wieder freigelegt werden.

Brand einer Korkfabrik.

In der Korkfabrik Emil Jörn A. G. in Hohenhausen bei Berlin, brach Feuer aus, durch das eine Explosion von Korkstaub hervorgerufen wurde, die das Fabrikgebäude in einer Ausdehnung von 50 Metern zum Zusammensturz brachte.

Schweres Automobilunglück.

Auf der Landstraße Bendorf-Dige in Westfalen ereignete sich ein schweres Automobilunglück. Ein Obst- und Gemüsehändler aus Barmen fuhr mit seiner Frau und zwei weiteren Insassen in einen tiefen Schottergraben. Der Wagen überflug sich und stürzte über die acht Meter tiefe Böschung auf den Bahndamm hinunter. Der Besitzer und seine Frau sind im Krankenhaus ihren Verletzungen erlegen. Die anderen beiden Insassen des Autos liegen schwer verletzt im Krankenhaus.

Ueberschwemmungen in Nordschweden.

Infolge der Schneeschmelze und des plötzlich eintretenden Eisganges auf den nordschwedischen Strömen werden aus verschiedenen Gegenden Norrlands Ueberschwemmungen gemeldet. In der Gegend von Gopshus hat der Dalelf sein Bett verlassen und die Eisenbahnlinie überschwemmt. Die Schienen sind stellenweise mit zehn bis fünfzehn Tonnen schweren Eisblöcken bedeckt. Auch auf dem Klarelv hat der Eisgang begonnen. Stellenweise sind die Eismassen zu gewaltigen Staudämmen von zehn Meter Höhe aufgetürmt. Mehrere Brücken wurden vom Eisgang eingedrückt und fortgerissen. Die Hüfe in den Flußtälern mußten geräumt werden. Auch aus Norwegen werden große Ueberschwemmungen infolge des Eisganges und der Schneeschmelze gemeldet.

Ein 13jähriger Brudermörder.

In Nancy hat ein 13jähriger Junge seinen älteren Bruder mit einem Küchenmesser erstochen. Der jugendliche Mörder nahm jodann einen Strid und verließ das elterliche Haus mit dem Bemerkten, daß er sich erhängen werde. Alle Nachforschungen der Gendarmerie nach dem Mörder blieben bisher ohne Ergebnis. Die Ursache des Mordes ist unbekannt.

Aus Schlesien.

Niederschlesischer Provinzialauschuss.

(Sitzung vom 28. April. — Amtlicher Bericht.)

Bei Beginn der Sitzung vom 28. April gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Oberpräsidenten Zimmer, der den Aufgaben der Provinz durch seine Teilnahme an den Sitzungen des Provinziallandtages und Provinzialauschusses stets reges Interesse entgegengebracht und den Wünschen der Provinz immer wohlwollend und objektiv gegenübergestanden hat. Die Anwesenden hatten sich zu seinen Ehren von ihren Plätzen erhoben.

Der Provinzialauschuss beriet die Bedingungen einer größeren Provinzialanleihe, deren Bewilligung vom Provinziallandtag bereits ausgesprochen und deren Ertrag ausschließlich zu provinzialen Zwecken, also nicht zur Weitergabe an andere Stellen, bestimmt ist. Eine kleinere Anleihe bei der Landesversicherungsanstalt Schlesien wurde beschlossen.

Bei der gegenwärtigen Notlage der Landwirte in einer Anzahl der vom Hochwasser 1926 und 1927 heimgesuchten Kreise beschloß der Provinzialauschuss die Niederschlagung eines Teiles der gewährten Kredite im Gesamtbetrag von etwa 300 000 Mark, außerdem die Niederschlagung von Zinsen und die Herausziehung von Tilgungsraten. Der Provinzialauschuss hat jedoch nicht allen von den Kreisen beschlossenen Erleichterungen zugestimmt, sondern in einigen Fällen Abstriche vorgenommen. Zu stellvertretenden Mitgliedern des Verwaltungsrates der Feuerlösgesellschaft wurden Landrat v. Stojan in Lüben und Bürgermeister Stöckel in Schreiberhau gewählt.

Für die Schaffung von Studentinnenheimen wurden erhebliche Beihilfen bewilligt. Im übrigen wurde eine Reihe laufender Aufgaben erledigt.

Die nächste Sitzung ist für den 6. Juni 1928 in Aussicht genommen.

Maifeiern in Schlesien.

Oels. Auch rechts der Oder in dem vorwiegend agrarischen Gebiet ist der Maifeiergedanke in der Arbeiterschaft lebendiger Zeuge ihres Kampfwillens. Mehr als 1500 Personen beteiligten sich an der von den freien Gewerkschaften angelegten Maifeier in Oels, die von Rindfleisch und Arbeiterjugend geführt, auf den Ring zogen, wo Genosse Jauter-Breslau die Festansprache hielt. Auch die Abendveranstaltungen, an denen die Arbeiterjugend und die Freien Turner mitwirkten, waren gut besucht.

Hirschberg. Der 1. Mai ist, nach einer Meldung der Telegraphen-Union, hier ruhig verlaufen. Der größte Teil der Arbeiterschaft feierte. Sozialdemokraten und Gewerkschaften veranstalteten in den Vormittagsstunden gemeinsam einen Auszug, ebenso die Kommunisten mit den roten Frontkämpfern. Gut besucht waren auch die Abendfeiern in den Sälen.

Striegau. Der Aufmarsch der Striegauer Sozialdemokraten war eine eindrucksvolle Kundgebung, die zeigte, mit welchem Kampfwillen die organisierte Arbeiterschaft Striegaus im Wahlkampf steht. Dem traditionellen Morgenparadepaziergang folgte mittags der Aufmarsch nach dem Volkshaus, wo Genosse Lang-Berlin die Festansprache hielt.

Graschwitz-Glag. In der Graschwitz war für den 1. Mai allgemeine Arbeiterruhe proklamiert worden. Ein großer Teil der organisierten Arbeiterschaft war dem Aufmarsch der Partei und freien Gewerkschaften gefolgt. Vollkommene Arbeiterruhe herrschte im Baugewerbe, da der Baugewerksbund einen Beschluß gefaßt hatte, von jedem arbeitenden Mitgliede ein Entgelt von 3 Mark abzuführen. In den Orten Centnerbrunn, Belpersdorf, Mittelkeine, Biehals, Schlegel, Königswalde, Walditz, Wünschelburg, Falkenberg, Keinerz, Küders, Landeck, Seitenberg, Kengersdorf, Hlbersdorf und Rudowa fanden Maifeiern statt, die sich allgemein eines äußerst guten Besuchs erfreuten. Einige Ortsgruppen hielten auch dieses Jahr wieder an dem üblichen Morgenparadepaziergang fest und in aller Frühe hörte man frohen Gesang von den Bergen.

Als besonders eindrucksvoll muß die Feier im Volkshaus Grottkau hervorgehoben werden, die für die großen Orte des Kreises Neutode, Köhlendorf, Kunzendorf und Lubwigsdorf veranstaltet worden war. Pünktlich 2 Uhr nachmittags hatten sich die Neutoder Genossen und Genossinnen am Schiffsplatz eingefunden und unter Beirat der Bergkapelle setzte sich der Zug in Bewegung. Man zählte gegen 1500 Teilnehmer. Die Neutoder Bergkapelle eröffnete die Feier mit der Internationale, der sich dann der Chor der Arbeiterjugend von Kunzendorf und Hausdorf mit dem Liede „Empor zum Licht“ anschloß. Hierauf hielt Parteisekretär Genosse Wolff die Rede.

Gegen das Plakatverbot.

In gleicher Weise wie es für das Jahrbuch bereits geschehen, ist zum Schutze des Landbesitzes der Kreis Glag, Habelschwerdt und Neutode gegen großblättrige Plakate durch unzulässige Plakate, Aushängeschilder, Aufschriften und Abbildungen von dem Regierungspräsidenten in Breslau eine Polizeiverordnung erlassen worden, durch welche die unzulässigen Plakateverordnungen ersichtlich werden. Bauausführungen der genannten Art die Genehmigung zu verweigern.

Für die an das Jahrbuchgebiet wie es die Graschwitz-Glag anliegenden Landbesitzteile ist eine den Schutz gegen Plakatverordnungen führende ähnliche Verordnung in Aussicht genommen.

Kochweidenbau und Kochweidenverwertung.

Die Landwirtschaftskammer wird auf dem diesjährigen Reichstagskongress in Breslau mit Rücksicht darauf, daß der Kochweidenbau in Schlesien eine bedeutende Rolle spielt, auch für die Durchführung betragen. Es sollen gut getrocknete, reine Weiden der verschiedensten Sorten, aber auch weiche und zerkochte Weiden ausgestellt werden, sowie Weiden für die Weiden, damit der Bauherr leicht, welche Art Weiden für seinen Zweck am besten ist. Weiter von Kochweidenverwertung, Tümpelverwertung, sowie Schilfweidenverwertung werden die Erträge der Kochweiden-Verwertung in Breslau sehr hoch eingeschätzt. Es werden nicht nur die Kochweiden, sondern auch die Weiden für die verschiedensten Arten.

Einige Wagen Speisestoffe. Der Bauherr kann einen Wagen Speisestoffe kaufen, er verbleibt in der Wohnung, bis er sich ein neues Haus hat bauen lassen. In er anderen Fälle wird die Weidenverwertung durch die Weidenverwertung sehr hoch eingeschätzt.

Einige Wagen Speisestoffe. Der Bauherr kann einen Wagen Speisestoffe kaufen, er verbleibt in der Wohnung, bis er sich ein neues Haus hat bauen lassen. In er anderen Fälle wird die Weidenverwertung durch die Weidenverwertung sehr hoch eingeschätzt.

umant. Als Bittner die Tragweite seiner Tat zum Bewußtsein kam, setzte er sich die Waffe an die Stirn und machte seinem Leben gleichfalls ein Ende.

Niederhartmannsdorf, Kr. Sagan. Vernichtung einer Familie. Eine schreckliche Ehetragödie spielte sich in den Abendstunden des Montags in der Wohnung der Frau Groll ab. Der ehemalige, jetzt geschiedene Schwiegerjohn des Glasmachers Standte aus Lustig erschloß seine ehemalige Frau, als sie dem in die Wohnung eindringenden St. aus dem Wege gehen wollte. Dann richtete er die Waffe auf seinen kleinen Sohn, der schwer verletzt ins Saganer Krankenhaus gebracht werden mußte. Darauf erschloß sich Standte selbst. Der furchtbaren Tat sollen Meinungsverschiedenheiten zwischen den geschiedenen Eheleuten vorausgegangen sein.

Waldenburg. Wegen Aufhebung der Kraftfahrzeugpässe im Talperrenggebiet. Seit Jahren dürfen Kraftfahrzeuge an Sonn- und Feiertagen in der Zeit vom 15. April bis Ende Oktober die Straßen, die den Stausee bei Rynau umschließen, nicht passieren. Jetzt sind interessierte Kreise, vor allem Automobilbesitzer, daran, die Aufhebung der Sperre zu erreichen. Die Arbeiterschaft des Waldenburger Reviers wendet sich scharf dagegen, da ihr damit die Möglichkeit genommen würde, in dieser Gegend Sonntags ein paar Stunden Erholung und gesunde Luft zu finden.

Keinerz. In das Schaufenster geradelt. Auf der abjünglichen Straße am Ring verlor ein Radfahrer die Gewalt über die Maschine. In ziemlichem Tempo flog er durch das Schaufenster der Marzischen Fleischeret, das völlig zertrümmert wurde. Dabei geriet er sich u. a. eine Pulsader am Arm. Nur reicher Hilfe war es möglich, den Verunglückten vor dem Verbluten zu retten.

Königswalde. Kreis Neutode. Der Lote mit dem Kinderjag unterm Arm. Einen recht eigenartigen Fund machten dieser Tage Passanten von hier, indem sie einen Toten fanden, der noch einen Kinderjag im Arm hielt. Man erkannte schließlich in dem Verstorbenen den Totengräber Köfler, der abends die Leiche eines neugeborenen Kindes abgeholt hatte und unterwegs vom Tode durch Herzschlag ereilt wurde.

Seitzen D.S. Vom Bohrer aufgepießt. Einen grauenhaften Tod fand bei Bohrarbeiten der Bauer Laffon auf der Feste „Saturn“, der durch Umkippen seiner Leiter so unglücklich stürzte, daß ihm der Bohrer in den Leib drang und den Darm völlig zerriß. Trotz sofortiger Operation hauchte L. unter furchtbaren Qualen sein Leben aus.

Aus der Umgebung. Neu-Breslau.

Die Stahlhelm-Waffenlager.

Zu unserer gestrigen Meldung über die in einigen eingemeindeten Vororten vorgenommenen Hausdurchsuchungen berichtet die „Schlesische Provinz-Korrespondenz“ heute ergänzend:

„Wir erfahren dazu noch, daß bei fünf Mitgliedern des Stahlhelms tatsächlich eine ganze Anzahl Waffen und auch die dazugehörige Munition gefunden wurden. Es handelt sich um verschiedene Pistolen, Jagdgewehre, Kleinkalibergewehre, aber vereinzelt sind auch Militärgewehre gefunden worden. Alle Waffen, sowie die in den einzelnen Verstecken in kleineren Mengen gefundene Munition wurden beschlagnahmt. Die Stahlhelmlaute, bei denen die Waffenlager aufgedeckt wurden, sind alle nicht im Besitze eines Waffenscheines, so daß Strafverfahren anhängig gemacht werden.“

Damit wäre wohl die Glaubwürdigkeit der von der „Arbeiterrichtung“ gemachten Angaben über die Stahlhelmwaffen (siehe Montagsausgabe der „Volkswacht“) im wesentlichen erwiesen. So zweifelhaft das schnelle und offenbar erfolgreiche Eingreifen der Polizei gemein ist, so sehr muß es aber verwundern, daß der polizeiliche Nachrichtensapparat wieder einmal gänzlich versagt. Bereits am vergangenen Sonnabend erfolgten die Aufsuchen erregenden Mitteilungen des kommunistischen Blattes und die Hausdurchsuchungen; bis zur Stunde aber hielt es die Polizeidirektion Breslau nicht für erforderlich, die Deffenlichkeit zu informieren. Können Sie etwa in Verneinung der politischen Bedeutung dieser Dinge überhaupt schwärzen? Wir nehmen das vorläufig nicht an, müssen aber nachdrücklich feststellen, daß die Deffenlichkeit ein Recht besitzt, über die Stichhaltigkeit von Angaben, wie sie die „Arbeiterrichtung“ am vergangenen Sonnabend brachte, mit der größtmöglichen Sorgfältigkeit informiert zu werden. Schließlich handelt es sich doch nicht nur um die Frage, ob die Waffenscheine fehlten, sondern auch darum, ob eine illegale Bewaffnung revolutionärer Kampforganisationen vorliegt.

Wir erwarten von den zuständigen Organen eine baldige und befriedigende Antwort auf diese Frage.

Groß-Breslau im Postverkehr.

Nach der Erweiterung des Stadtgebietes von Breslau haben die im Eingemeindungsgebiet vorhandenen Postanstalten die nachstehenden Bezeichnungen erhalten: Breslau-Carlomühl, Breslau-Deutsches-Billa, Breslau-Herrnprütz, Breslau-Hundsfeild, Breslau-Krieten, Breslau-Neutode, Breslau-Neutisch, Breslau-Neutisch, Breslau-Neutisch, Breslau-Rosenhal, Breslau-Schmiedefeld, Breslau-Schwofisch und Breslau-Klein-Königsberg.

Kreis Neumarkt

Kreisversammlung des SPD.

Vergangenen Sonntag, nachmittags, fand im „Gelben Löwen“ in Neumarkt eine Kreisversammlung der Sozialdemokratischen Partei für den Kreis Neumarkt statt, zu der fast sämtliche Ortsgruppen Delegierte entsandt hatten. Vorsitzender, Genosse Kawroth eröffnete die Sitzung mit einem warm empfundenen Nachruf für den verstorbenen Oberpräsidenten der Provinz Niederschlesien, Genossen Zimmer, zu dessen Gedenten die Beileidigung sich von den Sitzen erhob. Als dann erhielt Landtagsabgeordneter Genosse Thiele-Waldenburg das Wort zu seinem Vortrage über die Bedeutung der kommenden Wahlen, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Da von einer Diskussion des Vortrages Abstand genommen wurde, kam nunmehr die Wahlstellung der Kandidaten für den Kreis, der bekanntlich am 3. Juni neu gewählt wird, zur Beratung. Die von der Konferenz genehmigte Vorschlagsliste sieht folgende Kandidaten vor:

1. Kawroth, Richard, Kreisleiter, Neumarkt.
2. Hoffmann, Franz, Steinmetz, Lant.
3. Pfeife, Arthur, Fabrikarbeiter, Malsch.
4. Schwan, Rudolf, Stellensitzer, Bischof.
5. Dr. Kurz, Kreisrichter, Neumarkt.
6. Hoffmann, Paul, Dachdecker, Sachwitz.
7. Kiewewetter, Hermann, Maurer, Dambritsch.
8. Weismann, Karl, Lederarbeiter, Krampitz.
9. Schenk, Paul, Maurer, Wilken.
10. Kleingeist, Josef, Bauarbeiter, Reuthen.
11. Dooße, Werner, Gärtner, Kackschütz.
12. Geneser, Gustav, Gutsbesitzer, Wirschen.
13. Rindorf, Julius, Eisenbahner, Aignitz.
14. Maiwald, Wilhelm, Maurer, Kausse.
15. Bogt, Gustav, Kaufmann, Oberstephansdorf.
16. Wegener, Ernst, Sattler, Rimkau.
17. Beder, Heinrich, Landwirt, Kossau.
18. Göpper, Max, Malchinier, Frobelwitz.
19. Menjshre, Paul, Chauffeur, Lampersdorf.
20. Wapesch, Karl, Bäckermeister, Oberstephansdorf.
21. Dittlitz, Karl, Betriebsdirektor, Neumarkt.

Zu dem Fall Kurz, der von einigen eifrigen evangelischen Pastoren in der katholischen Presse zur Wahl-Stimmungsmache benutzt wird und nun sogar zu einer Anfrage der Deutschen Volkspartei an die Staatsregierung — nach geschlossener Session des Landtages immerhin ein parlamentarisches Kuriosum — führte, sprachen die Genossen Dittlitz und Kleinert-Rickendorf. Der Vorsitzende, Genosse Kawroth forderte dann auf, die Wahlversammlungen der Gegner zu meiden und sich mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie die gut verlaufene Tagung. Der Schluß der Konferenz, der Beginn und Abschluß der Konferenz verschönerte, sei an dieser Stelle der herzlichste Dank ausgesprochen.

Neumarkt. Stadtratsverordnetenversammlung am 27. April. Anwesend 4 Magistratsmitglieder und 12 Stadtratsverordnete. Der Eintritt in die Sitzung eht die Versammlung den verehrten, verstorbenen Oberpräsidenten Hermann Zimmer durch Erheben von den Plätzen. — Der Ankauf eines gebräuchten Drahtzauns vom Ortsauschuss des NDB. wird auf Antrag des Referenten mit 389,60 Mark genehmigt. — Eine Aenderung der Vergütungssteuer betreffs Bildstreifen wird ebenfalls anerkannt. — Die Erben des Ehrenbürgers der Stadt, des bekannten Künstlers H. Schmichen, wollen der Stadtgemeinde eine Summe von 3500 Reichsmark zur Verfügung stellen, wogegen die Stadt die Verpflichtung zur dauernden Instandhaltung des Mausoleums auf dem Friedhofe übernehmen soll. Die Versammlung stimmt der Vorlage mit der Einschränkung zu, daß diese Verpflichtung nur auf 50 Jahre übernommen wird. — Es wird weiterhin beschlossen, die städtischen Steuern nach den Sätzen von 1927 vorläufig bis zur Fertigstellung des neuen Etats zur Erhebung zu bringen. — Alsdann kommt der Bau von zwei Häusern mit je 7 Wohnungen für kinderreiche Familien zur Beratung. Da die Wohnungsnot vor allem bei armen, kinderreichen Familien noch sehr groß ist, empfiehlt der Referent, Genosse Dittlitz, den Beschluß des Finanzausschusses anzunehmen und um das Bauvorhaben auch ganz finanziell zu unterstützen. Der Bau durch die Schlesische Heimstätte betreuen und finanzieren zu lassen. Ratsherr Genosse Grelert schildert die Wohnungsnot. Der Bürgermeister setzte sich ebenfalls für die Beschaffung dieser dringend benötigten Wohnungen ein und empfiehlt als den einfachsten und kürzesten Weg das Zusammengehen mit der Heimstätte. Die Baukommission jedoch will die Bauten ohne die Heimstätte durchführen. Stadtv. Genosse Dittlitz sieht eine Gefährdung des Bauvorhabens, wenn die Stadt alleine baut. Nach längerer Debatte wird der Vorlage grundsätzlich zugestimmt. Nach Bewilligung der Hausinspektoren durch den Kreisausschuss soll erneut über die Ausführung beschlossen werden. — Die Vorlage des Magistrats betreffs Erweiterungsbauten der Wohnungen auf dem Schlachthof wurde unverständlichweise, auf Antrag des Vorsetzers, nochmals an den Magistrat zurückgewiesen. — Durch Dringlichkeitsantrag wurden die Kosten für Renovierung der Rathshausanlage mit 700 Reichsmark bewilligt. — An die öffentliche Schloß eine geheime Sitzung an.

SPD, Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt.

(Hier finden die wichtigsten Mitteilungen, die der Redaktion über den Sekretariat des Unterbezirks Breslau-Land zugehen.)

Wahlung, Ortsgruppenführer!

Die Wahlzeichen, welche vom Parteisekretariat der gegen werden sind, müssen bald abgerechnet werden.

Breslau-Klein-Gandau. Am Sonntag, den 6. Mai, 1928, ein Radfahrer-Propagandenzug vom Volkshaus in Klein-Gandau, Breslau, nach 8 Uhr nach dem Neumarkter Kreis ab. Sämtliche Radfahrer von Klein-Gandau und Umgebung oder andere, welche sich daran beteiligen wollen, treffen sich zu dieser Zeit dort.

Ortsgruppe. Am Sonnabend, den 5. Mai, 1928, findet bei Gastwirt Schmittmann-Ottolitz eine wichtige Mitglieder-Versammlung statt. In Anbetracht der Tagesordnung darf kein Mitglied fehlen. Redner: Genosse Kleinert-Rickendorf.

Görsdorf. Freitag, den 4. Mai, 1928, 19 Uhr, findet in Görsdorf bei Gastwirt Dindas eine öffentliche Wähler-Versammlung statt. Redner: Genosse Westphal. Wähler erscheint in Massen!

Wahlung. Am Sonntag, den 6. Mai, 1928, findet bei Gastwirt Müller in Dürrensch eine öffentliche Wähler-Versammlung statt. Redner: Genosse Westphal. Wähler erscheint in Massen!

Wahlung. Am Sonntag, den 6. Mai, 1928, findet bei Gastwirt Müller in Dürrensch eine öffentliche Wähler-Versammlung statt. Redner: Genosse Westphal. Wähler erscheint in Massen!

Der Koch

Libby's Condensed Milk

Das ist die beste Milch, die Sie je gesehen haben. Sie ist so süß und so nahrhaft, wie Sie nur sein kann. Sie ist die beste Milch, die Sie je gesehen haben. Sie ist so süß und so nahrhaft, wie Sie nur sein kann.